

Sebastian Friedrich (Hg.):

Rassismus in der Leistungsgesellschaft

Analysen und kritische Perspektiven zu den rassistischen
Normalisierungsprozessen der ›Sarrazindebatte‹



Bibliografische Information der Deutschen Bibliothek
Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar.



Gefördert durch die Projektförderung der Rosa Luxemburg Stiftung mit Unterstützung des Referats Neonazismus und Strukturen/Ideologien der Ungleichwertigkeit.

Sebastian Friedrich (Hg.): Rassismus in der Leistungsgesellschaft

Analysen und kritische Perspektiven zu den rassistischen Normalisierungsprozessen der ›Sarrazindebatte‹

1. Auflage, August 2011

3. Auflage, Juli 2020

ISBN 978-3-942885-01-0

© edition assemblage

Postfach 27 46

D-48014 Münster

Telefon: 0251 - 149 12 56

info@edition-assemblage.de | www.edition-assemblage.de

Mitglied der Kooperation *book:fair*

Mitglied der *assoziatiön Linker Verlage* (aLiVe)

Lektorat: Sebastian Friedrich and the Lectors

Umschlag: Klaus Viehmann, Berlin

Satz: bi, Münster

Druck: Bookpress

Printed in Poland 2020

Inhalt

Danksagung | 5

Sebastian Friedrich

Vorwort für die 3. Auflage | 6

Sebastian Friedrich

Rassismus in der Leistungsgesellschaft | 8

Einleitung

Migration und Rassismus

Sabine Hess

Welcome to the Container | 40

Zur wissenschaftlichen Konstruktion der Einwanderung als Problem

Yasemin Shooman

Keine Frage des Glaubens | 59

Zur Rassifizierung von ›Kultur‹ und ›Religion‹ im antimuslimischen Rassismus

Sebastian Friedrich / Hannah Schultes

Von ›Musterbeispielen‹ und ›Integrationsverweigerern‹ | 77

Repräsentationen von Migrant_innen in der ›Sarrazindebatte‹

Serhat Karakayali

Reflexiver Eurozentrismus | 96

Zwischen diskursiver Kombinatorik und Latenz

Vassilis Tsianos / Marianne Pieper

Postliberale Assemblagen | 114

Rassismus in Zeiten der Gleichheit

Bevölkerungs- und Biopolitik

Juliane Karakayali

Bevölkerungspolitik im Postfeminismus | 134

Rassistische Debatten um Gebärquoten und ihre Einbettung in aktuelle Geschlechterpolitiken

Moritz Altenried

Rassismus und biopolitischer Kapitalismus | 147

Sarrazin und das Dispositiv der Integration

Elke Kohlmann

Die Ökonomie lügt doch ... und zur Hölle mit Goethe! | 162

Sarrazinscher (Post-) Rassismus in Zeiten neoliberaler Gouvernementalität

Kapital und Nation

Jürgen Link

Sarrazins Deutschland | 182

Ein Streifzug durch ein protonormalistisches Manifest

Christoph Butterwegge

Zwischen neoliberaler Standortlogik und rechtspopulistischem Sarrazynismus | 200

Die turbokapitalistische Hochleistungs- und Konkurrenzgesellschaft in der Sinnkrise

Jörg Kronauer

Deutschland richtet sich auf | 215

Sarrazin und die Formierung des aufstrebenden deutschen Nationalstaates

Nora Rätzl

Sarrazin und die neoliberale Globalisierung | 230

Zu einigen übersehenen Aspekten der Debatte

Interventionen und Perspektiven

Charlotte Misselwitz

›Parasiten, die auf Kosten der Gesellschaft leben...‹ | 242

Narrative Spiegelung als Intervention im Sarrazindiskurs

Gabriel Kuhn / Regina Wamper

›Das wird man ja wohl noch sagen dürfen‹ | 252

Wie männliche, *weiße*, sozial Privilegierte zum Opfer der Unterdrückung werden.

Autor_innen | 260

Danksagung

Am Zustandekommen von »Rassismus in der Leistungsgesellschaft« haben viele Menschen direkt oder indirekt mitgewirkt. Manche begleiteten den Entstehungsprozess von ersten konzeptionellen Überlegungen bis zur Drucklegung, andere beeinflussten punktuell mit ihren Ideen, Kritiken, Anregungen und Positionen. Es ist unmöglich an dieser Stelle alle zu würdigen, die es »verdient« hätten.

Zunächst ist den Autor_innen dieses Bandes zu danken. Es war eine Freude, mit Menschen mit unterschiedlichen theoretischen Zugängen gemeinsam an diesem Projekt zu arbeiten. Auch wenn es manchmal knapp wurde oder sich so manche Deadline verschob, stieß ich immer auf offene Ohren. Mein besonderer Dank gilt außerdem Willi Bischof, Hannah Schultes und Andrea Strübe, die den fast einjährigen Entstehungsprozess komplett begleitet haben und mir stets mit Rat und Tat zur Seite standen – und auch in schweren und späten Stunden viel Zeit investierten. Ein Großteil der konkreten Planungen an diesem Sammelband fiel auf die Zeit meines fünfmonatigen Aufenthalts beim *Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung (DISS)*, bei dem ich von den Erfahrungen in Sachen Herausgeber_innenschaften seitens der Kolleg_innen profitieren konnte. Außerdem danke ich für unterschiedliches Sabine Friedrich, Fritz Güde, Laura Janßen, Juliane Karakayali, Barbara Rehbein, Regina Wamper, meinen Mitbewohner_innen und Freund_innen, dem Netzwerk der edition assemblage und den Kolleg_innen bzw. Freund_innen von ReachOut Berlin.

Herzlich gedankt sei der Projektförderung und dem Akademie-Schwerpunkt *Neonazismus und Strukturen / Ideologien der Ungleichwertigkeit* der Rosa Luxemburg Stiftung, die diesen Sammelband großzügig förderten.

Vorwort für die 3. Auflage

„Alte Zeitungen sind spaßig, aber wie kommt's, dass man bald traurig wird, wenn man sie liest?“ Diese Frage stellte Kurt Tucholsky vor genau einhundert Jahren, als er unter seinem Pseudonym Peter Panter den kurzen Text über zehn Jahre alte Zeitungen schrieb, die er zufällig in die Finger bekommen hatte. Seine Antwort: „Weil man sieht, wie schlecht sie ihre Aufgaben erfüllt haben.“

Ein ähnlicher Gedanke könnte einer*einem angesichts der Zeitungen kommen, die vor zehn Jahren, also im Jahr 2010 erschienen sind – in jenem Jahr, in dem das Buch „Deutschland schafft sich ab“ von Thilo Sarrazin ab Ende August für Wochen die öffentliche Debatte bestimmte. Im Rückblick erscheint vieles, was damals zu lesen war, wie eine düstere Voraussage des Kommenden – so etwa eine Schlagzeile der BILD am Sonntag: 18 Prozent würden eine Sarrazin-Partei wählen.

Heute gibt es mit der Alternative für Deutschland (AfD) eine solche Partei, wenngleich sie ohne Sarrazin selbst auskommt. Die AfD verfügt seit ihrer Gründung über ungefähr diese 18 Prozent maximales Wahlpotenzial. Fast jede*r Fünfte könnte sich also vorstellen, diese Partei zu wählen.

Nun könnte argumentiert werden, die Zustimmung an Sarrazins Positionen und die Gründung der AfD seien lediglich Ausdruck eines bereits vorher vorhandenen mehr oder weniger extrem rechten Teils der Gesellschaft. Das stimmt einerseits: Die Einstellungsforschung weist seit Jahrzehnten auf ebenjenes rechtes Potenzial hin.

Andererseits muss die soziale Basis auch mobilisiert, eine Partei, die überhaupt wählbar ist, erst einmal organisiert werden. Und hier wird deutlich, welche entscheidende Rolle Thilo Sarrazin und die Sarrazindebatte gespielt haben. Mit seinem rassistischen, sozialdarwinistischen und neoliberalen Buch und auch den Folgetiteln zu Euro-Krise, Meinungsfreiheit und dem Islam hat Sarrazin alle für die AfD zentralen Themen aufgegriffen, sie miteinander verbunden und popularisiert. Er ist Propagandist nach außen und Organisator nach innen; kurzum er nimmt, ob gewollt und ungewollt, die Funktion eines zentralen organischen Intellektuellen der extremen Rechten in Deutschland ein – unabhängig davon, welcher Partei er angehört.

Tucholsky schrieb in seinem Text mit Blick auf die zehn Jahre alten Zeitungen: „1910 – man möchte heute rufen: Aber um Gottes Willen, nur noch vier Jahre, tut etwas, es glimmt, gießt Wasser drauf, ihr Glücklichen, ihr habt noch Zeit.“

Er meinte den Ersten Weltkrieg. Auch heute stellt sich rückblickend die Frage, ob die mediale Debatte damals auch so verlaufen wäre, wenn die Verantwortlichen in den Redaktionen, die Sarrazin fast schon kampagnenartig den roten Teppich ausgerollt haben, von der Gründung der AfD drei Jahre später gewusst hätten. Wer sich an die Faszination erinnert, mit der viele Journalist*innen der neuen Partei begegnet sind, kann diese Frage eigentlich nur bejahen.

Am Ende seines kurzen Texts wickelt Tucholsky nachdenklich die alten Zeitungen zusammen und legt sie unter den linken Vorderfuß seines wackelnden Schreibmaschinen-Tischchens. „So erfüllen sie doch einmal in ihrem Dasein einen guten und vernünftigen Zweck.“

Zumindest die in diesem Sammelband versammelten Analysen aus dem Jahr 2011 sollen für mehr nützlich sein. Auch wenn das Buch, müsste es heute noch einmal neu konzipiert werden, stärker die Akteur*innen und die ökonomischen und klassenanalytischen Hintergründe beleuchten würde, sind die Aufsätze noch immer aktuell. Sie legen den diskursiven und ideologischen Kontext der Debatte offen – ein Kontext, der dem heutigen sehr ähnlich ist.

Hamburg, im Juli 2020

Rassismus in der Leistungsgesellschaft Einleitung¹

Ein Jahr nach der ›Sarrazindebatte‹ hat sich die mediale Aufregung um den Sozialdemokraten Thilo Sarrazin weitgehend gelegt. Themen wie ›Deutschenfeindlichkeit‹, ›Kopftücher‹, ›Islamismus‹ und Sprüche wie ›Das wird man ja wohl noch sagen dürfen‹ wiegen längst nicht so schwer wie im Herbst 2010. Haben die einst so erhitzten Gemüter wieder ›Normal‹-Temperatur erreicht? Immerhin ist Sarrazin noch immer SPD-Mitglied, noch immer existiert keine erfolgversprechende Partei ›rechts von der Union‹ und auch die Überreste des Sozialstaats sind noch immer nicht ›abgeschafft‹. Von diesen Perspektiven ausgehend, ließe sich fragen: Warum erscheint ein Jahr nach der Veröffentlichung von »Deutschland schafft sich ab« (Sarrazin 2010a) ein Sammelband, der das Buch und die darauf folgende Debatte analysiert und kritisiert? Das während der ›Sarrazindebatte‹ zur Sprache Gekommene mag zum jetzigen Zeitpunkt nicht in ähnlicher Intensität Gegenstand von Diskussionen sein. Das reaktivierte Wissen aber hat Effekte auf Gegenwart und Zukunft.

Nicht Sarrazin war für die ›Sarrazindebatte‹ entscheidend, sondern das Feld, in dem dessen ›Thesen‹ wirken konnten. Daher wird in diesem Sammelband darauf verzichtet, die Person ins Zentrum der Analysen zu rücken; vielmehr dienen Sarrazin und sein Buch als Anstoß, um zu fragen, wie und warum das während der Debatte Angesprochene funktionieren konnte. Warum konnte das Buch eine derartige Wirkungskraft entfalten, während ähnliche Schriften oft ein glücklicherweise trauriges Buchhandel-Dasein fristen? Welche diskursiven Bedingungen lagen vor, die die ›Sarrazindebatte‹ ermöglichten? Welche hegemonialen Diskurse wurden angesprochen und wie verschränkten sie sich miteinander? Welcher Zusammenhang besteht zwischen dem in der ›Sarrazindebatte‹ Geäußerten und gegenwärtigen Bestrebungen von Teilen der Elite? Was zeigt die Debatte bezogen auf (veränderte) Paradigmen des Rassismus?

Dieser kurze Abriss über die Leitfragen dieses Bandes dürfte bereits deutlich machen, dass es in diesem Buch nicht darum geht, die Thesen Sarrazins zu widerlegen. Das soll nicht heißen, dass solche Interventionen unberechtigt oder unnötig wären. Naika Foroutan und ihr Team etwa nahmen sich den vermeintlichen ›Tatsachenbehauptungen‹ Sarrazins an und schlugen ihn

1 Ich danke Moritz Altenried, Willi Bischof, Fritz Güde, Hannah Schultes, Andrea Strübe und Regina Wamper für ihre Anmerkungen.

mit den Waffen der Statistik (Foroutan 2010). Eine andere wirkmächtige Intervention gelang durch den Aufruf »Demokratie statt Integration«, der innerhalb weniger Tage von Tausenden unterschrieben wurde und offensiv verdeutlichte: »Wir akzeptieren schlicht keine Haltung, die gesellschaftliche Verhältnisse nach Kosten-Nutzen-Erwägungen durchrechnet und Arme und MigrantInnen zur Ausschusspopulation erklärt.« (kritnet 2010) Anfang 2011 erschien das von Hilal Sezgin herausgegebene Buch »Manifest der Vielen« (Sezgin 2011), bei dem es vorzüglich gelang, den sarrazinischen Vorstellungen einer homogenen Gruppe von Migrant_innen² eine heterogene und vielfältige Darstellung entgegenzusetzen. Dieser Band will auf eine andere Weise der ›Sarrazine Debatte‹ etwas entgegen setzen. Mit Analysen und kritischen Perspektiven zu den Normalisierungsprozessen der zurückliegenden Diskussion um »Deutschland schafft sich ab« sollen Anstöße für den Alltag, die politische Praxis und für theoretische Auseinandersetzungen angeregt werden. Um einerseits die Gefahr zu umgehen, lediglich Fachdiskussionen zu verbreiten, und andererseits ein breites Feld der theoretischen Zugänge zu offenbaren, wurde bei der Auswahl der Beiträge auch darauf geachtet, dass diesen Wissen aus unterschiedlichen Disziplinen zugrunde liegen. In diesem Band finden sich u.a. Zugänge aus der Ökonomie, Psychologie, Soziologie, Politikwissenschaft, Kulturwissenschaft und der Philosophie. Auch wenn die hier versammelten Beiträge eher theoretisch-wissenschaftlichen Charakter haben, heißt das nicht, dass dieser Zugang einem praktischeren vorgezogen wird.

In dieser Einleitung werden ausgehend von einer Rekapitulation der ›Sarrazine Debatte‹ (1) deren Kontexte und Referenzpunkte dargestellt (2) und sodann die Effekte analysiert, die zum einen in einer Diskursverschiebung nach rechts

2 In diesem Buch wird die gendersensitive Schreibweise durch einen Unterstrich gewährleistet. Durch das ›gender gap‹ (z.B. Aktivist_innen) sollen entgegen der in der deutschen Sprache häufigen verallgemeinerten männlichen Form von Wörtern und Bezeichnungen (›generisches Maskulinum‹) zum einen alle anderen sozialen Geschlechter und Geschlechtsidentitäten sichtbar gemacht werden. Die durch den Unterstrich symbolisierte ›Lücke‹ soll zum anderen ebenfalls Menschen benennen, die sich entgegen normativer Zweigeschlechtlichkeit als transsexuell, transgender, intersexuell und/oder queer begreifen.

Im Folgenden werden die Bezeichnungen ›Migrant‹ oder ›migrantisch‹ verwendet, obwohl diese Bezeichnungspraxis für viele problematisch ist. Der Begriff wurde ursprünglich als Selbstbezeichnung – in Abgrenzung zu ›Ausländer‹ und ›Gastarbeiter‹ – erkämpft. Vor allem in dem von weißen Normen dominierten Einwanderungsdiskursen etablierte sich der Begriff als Fremdbezeichnung und dient zunehmend der rassistischen Stigmatisierung. So werden Schwarze Deutsche und People of Color als ›Migranten‹ oder ›Menschen mit Migrationshintergrund‹ als ›anders‹ konstruiert und rassifiziert (vgl. Sow 2011a: 444f; Utlu: 445ff)

und zum anderen in einer Verschränkung von Einwanderung und Ökonomie (3) gesehen werden. Anschließend wird die für den Sammelband zentrale Verschränkung von Rassismus und ›Leistungsgesellschaft‹ kontextualisiert und auf Funktionen und Formen der Vermittlung analysiert (4). Schließlich folgen prägnante Zusammenfassungen der einzelnen Beiträge (5).

1. Die Phasen der ›Sarrazinebatte‹

Während der ungefähr zehn Wochen dauernden Debatte wurde diese je nach Position, Zeitung und Zeitpunkt als ›Integrationsdebatte‹, ›Islamdebatte‹, ›Einwanderer-Debatte‹ oder ›Sarrazin-Debatte‹ bezeichnet. Die ersten drei Begriffe fokussieren nur Teilaspekte. Auch eignet sich der Begriff der ›Sarrazin-Debatte‹ nur bedingt, da so der Namensgeber ins Zentrum der Betrachtung gerückt wird. Zwar war dessen Buch der Auslöser und Bezugsrahmen für die darauf folgenden medialen und politischen Auseinandersetzungen, das von Sarrazin Ausgesprochene basiert jedoch auf bereits kollektiv vorhandenem Wissen. Begriffe und Konzepte wie die Vorstellungen von ›dem Islam‹, ›Integration‹, ›Muslime‹ und ›überflüssigen‹ Migrant_innen sind nicht erst seit »Deutschland schafft sich ab« Gegenstand von Debatten, sondern beziehen sich auf jahrzehnte- und teilweise jahrhundertealte Traditionen, Kontinuitäten und Brüche. Insofern sollte nicht Sarrazin im Zentrum der Betrachtungen stehen, sondern das, was aus ihm und den Debatten sprach und spricht. Gleichwohl steht der Begriff ›Sarrazin‹ nunmehr nicht nur für den Nachnamen des ehemaligen Berliner Finanzsenators und Bundesbank-Vorstands, sondern verweist als Symbol auf ausgrenzende und verwertungslogische Rede von ›Integrationsverweigerung‹ bis zur Vererbung von ›Intelligenz‹. In diesem Sammelband werden die Diskussionen im Zuge der Veröffentlichung von »Deutschland schafft sich ab« als ›Sarrazinebatte‹ bezeichnet. Damit soll dem etablierten Symbol Rechnung getragen und durch Weglassen des Bindestrichs (wie z.B. bei ›Sarrazin-Debatte‹) die Person Sarrazin sichtlich in den Hintergrund gerückt werden. Zugleich soll der Neologismus ›Sarrazinebatte‹ auf die besondere Einflussnahme und Wirkmächtigkeit der Debatte in den weiteren Verläufen der jeweiligen Diskurse hinweisen.³

Während der ›Sarrazinebatte‹ wurde Unzähliges geschrieben und gesagt, kaum ein Thema beherrschte die bundesrepublikanische Medienlandschaft im Jahr 2010 wie die Diskussionen infolge der Veröffentlichung von »Deutsch-

3 Die ›Sarrazinebatte‹ kann als ›diskursives Ereignis‹ im Sinne der Kritischen Diskursanalyse gedeutet werden. Als diskursive Ereignisse sind »solche Ereignisse zu fassen, die (vor allem medial und politisch) besonders herausgestellt werden und als solche Ereignisse die Richtung und die Qualität des Diskursstranges, zu dem sie gehören, grundlegend beeinflussen.« (Jäger/Zimmermann 2010: 16f)

land schafft sich ab«. Die nachfolgende, auf einer systematischen Auswertung von Zeitungsartikeln beruhende Einteilung⁴ in verschiedene Phasen versucht nachträglich, die Debatte zu ordnen und so einen Überblick zu ermöglichen. Das idealisierte Phasenmodell stellt eine Vereinfachung und Verkürzung der intensiven Diskussion verschiedener Themen und Argumente dar, diese Möglichkeit der Gruppierung von Kernaussagen zeigt aber dennoch bestimmte inhaltliche Tendenzen in der Debatte auf. Die Untersuchung von Alltagsgesprächen oder Parlamentsdebatten würde gewiss nicht zu dem gleichen Ergebnis kommen. Medien nehmen aber für die Entstehung und Fortdauer öffentlicher Debatten ebenso wie für die Erstickung bestimmter anderer Diskussionen durch Aufmerksamkeitsentzug eine wichtige Rolle ein. Medien »legen nicht nur fest, über was berichtet wird, sondern auch, wie Ereignisse vermittelt werden« (Jäger/Cleve u.a. 1998: 25).

Die Debatte begann eine Woche vor der öffentlichen Präsentation mit Vorabveröffentlichungen von »Deutschland schafft sich ab« im *SPIEGEL* und in der *BILD*. *DER SPIEGEL* (34/2010) druckte beinahe kommentarlos fünf Seiten mit den Kerninhalten des Kapitels »Zuwanderung und Migration« und *BILD* widmete dem Buch gar eine Serie und speiste somit täglich neue »Thesen« in die sich entwickelnde Debatte ein. Zunächst prasselte Kritik von vielen Seiten auf Sarrazins Behauptungen nieder. Bundeskanzlerin Angela Merkel ließ etwa verlauten, Sarrazins Worte seien »äußerst verletzend, diffamierend und sehr polemisch zugespitzt« (taz, 26.8.). Einige Stimmen forderten, Sarrazin aus der SPD auszuschließen und ihn als Bundesbank-Vorstand abzusetzen. Die Kritik wurde lauter, nachdem Sarrazin in einem Interview mit der *Berliner Morgenpost* und der *WELT am Sonntag* (WAS) meinte: »Alle Juden teilen ein bestimmtes Gen, Basken haben bestimmte Gene, die sie von anderen unterscheiden.« (WAS, 29.8.) Diese Aussage war Anlass für Kritik aus allen Parteien. Der ehemalige Spitzenpolitiker Karl Theodor zu Guttenberg sprach von einer Grenzüberschreitung und selbst der nicht gerade als antirassistischer Vorkämpfer bekannte damalige hessische Ministerpräsident Roland Koch nannte die Äußerungen Sarrazins »unerträglich« (FAZ, 30.8.). Dadurch schafften es Sarrazin und die *Deutsche Verlags-Anstalt* (DVA) bereits

4 Für die systematische Untersuchung dient ein gemeinsam mit Hannah Schultes erstelltes Dossier. In dieses wurden die Beiträge zur »Sarrazindebatte« im Zeitraum vom 23.8. bis zum 5.11. folgender Zeitungen und Zeitschriften aufgenommen: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* (FAZ), *Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung* (FAS), *die tageszeitung* (taz), *Süddeutsche Zeitung* (SZ) und *DER SPIEGEL*. Außerdem wurden punktuell Beiträge anderer Publikationen berücksichtigt, sofern sie wesentlichen Einfluss auf den Diskurs hatten. In diesem Unterkapitel zu den Phasen der »Sarrazindebatte« werden die Zitate aus den untersuchten Artikeln durch Nennung des Erscheinungsdatums bzw. der Ausgabennummer belegt.

vor der offiziellen Veröffentlichung, die ersten Seiten der Tageszeitungen zu besetzen. Auch am Tag der Buchvorstellung schien es in den Zeitungen und Fernsehshows kein anderes Thema mehr zu geben. Unter die Kritiken mischten sich auch Zustimmungen. So nannte etwa Necla Kelek, die Sarrazin bei der Buchpräsentation auf dem Podium unterstützte, das Buch einen »Befreiungsschlag« (FAZ, 30.8.). Dennoch zeigten sich Medien und Politiker_innen weiterhin überwiegend empört. Die Bundesbank reagierte auf den erhöhten Druck und verkündete am 2.9., einen Antrag auf die Abberufung Sarrazins bei Bundespräsident Wulff zu stellen. Der Entscheidung Wulffs kam Sarrazin etwa eine Woche später zuvor, in dem er, ausgestattet mit einer großzügigen Abfindung, von seinem Posten zurücktrat. Mit dem Antrag der Bundesbank wurde schlagartig die Kritik an Sarrazin leiser. Auch das Thema SPD-Ausschluss spielte in der Folge eine wesentlich geringere Rolle.

Ähnlich wie bei der Debatte im Zuge des Interviews mit *Lettre Internationale* ein Jahr zuvor folgte bei der ›Sarrazindebatte‹ im Herbst 2010 auf allgemeine Empörung eine Phase der Zustimmung. Diese artikulierte sich zunächst als Appell für ›Meinungsfreiheit‹. Diese Entwicklung deutete sich bereits in den Tagen der Empörung an, als Zeitungen, Internetpublikationen und Fernsehsendungen wiederholt darauf verwiesen, sie hätten so viele Reaktionen wie selten erhalten – und die meisten würden Sarrazin zustimmen. An erster Stelle der Sarrazin-Unterstützung positionierte sich von Anfang an *BILD*, die sich zum ›Juden-Gen‹ trotz des Springer-Grundsatzes der »Herbeiführung einer Aussöhnung zwischen Juden und Deutschen« (Axel Springer AG 2010: 85) auffallend still verhielt. Zwar äußerte sich ›Franz-Josef Wagner‹ kritisch, doch alle Kritik war spätestens am 4.9. vergessen, als *BILD* titelte »Das wird man ja wohl noch sagen dürfen«⁵. Überschriften wurde der Titel mit »BILD kämpft für Meinungsfreiheit«. Tags darauf veröffentlichte *BILD am Sonntag* (*BamS*) eine selbst in Auftrag gegebene EMNID-Umfrage, nach der 18 Prozent sich vorstellen könnten, eine »Sarrazin-Partei« zu wählen. Exemplarisch für diese Stimmung ist der Titelseiten-Kommentar in der *FAZ* vom Mitherausgeber Günther Nonnenmacher vom 4.9., nach dem Sarrazin keine Zustimmung für seine »schräge[n] Thesen« erhalten hätte, sondern für die »Zustandsbeschreibung von Sozialstaatsmissbrauch und Integrationsverweigerung«. Sarrazin sei »Gesellschaftskritiker und -reformer« und die Empörung über ihn

5 Auf der Titelseite wurden Parolen feilgeboten, die zwar teilweise nichts mit der bisherigen Debatte zu tun hatten, dafür aber umso mehr Altbekanntes aufrollten. Eine kleine Auswahl: »Wer Arbeit ablehnt, verdient keine Stütze!«, »Ausländer, die sich nicht an unsere Gesetze halten, haben hier nichts zu suchen!«, »Ich will mich nicht dafür entschuldigen müssen, ein Deutscher zu sein!«, »Nicht wir müssen uns an die Ausländer anpassen, sondern sie sich an uns!«, »Wer nichts gelernt hat, soll hinterher nicht jammern, dass er keinen Job bekommt!«.

»Heuchelei« – so seien Sarrazins Äußerungen über das Juden-Gen »reflexartig skandalisiert« worden. Nonnenmacher meinte zudem eine Kluft zwischen »Bürgern« und »Offiziellen« ausgemacht zu haben. Diese scheinbare Kluft brachte der konservative Medienwissenschaftler Norbert Bolz einen Tag später bei Anne Will (5.9.) auf den Punkt:

»Das Entscheidende ist, dass die Leute nicht mehr bereit sind, sich von der politischen Klasse und von besonders arroganten neuen Jakobinern, auch in den Feuilletons, den Mund verbieten zu lassen. Und das ist ein riesengroßer Gewinn für unsere Gesellschaft.«

Die Gruppe der prominenten Unterstützer_innen wuchs beständig. Am 6.9. sprang Sarrazin an exponierter Stelle Parteigenosse Klaus von Dohnanyi in einem *SZ*-Gastkommentar zur Seite und kündigte an, Sarrazin bei einem Ausschlussverfahren vor einer SPD-Schiedskommission verteidigen zu wollen. Zu diesem Zeitpunkt war zudem vermehrt die Rede von »den Ängsten« der Bevölkerung, die »endlich« ernst genommen werden müssen. Angesprochen wurden damit nicht etwa die Ängste von Menschen vor militantem Rassismus, denn wie im überwältigenden Teil der Debatte wurde für ein *weißes*⁶ Publikum geschrieben und gesprochen. Dieser Perspektive liegt ein völkisches Verständnis zugrunde, denn offensichtlich zählen nicht die Ängste aller Teile der Bevölkerung. Zwar zeigten sich Medienschaffende und Politiker_innen bereits in der Woche zuvor sehr besorgt um »die Ängste der Bevölkerung«, jedoch verdichteten sich seit dem Rummel um Meinungsfreiheit die Angstbekundungen. Am 9.9. befand etwa der zu diesem Zeitpunkt SPD-Bundestagsfraktionsvorsitzende Joachim Pöß gegenüber der *Rheinischen Post*: »Und wir sind gut beraten, die geäußerten Sorgen und Ängste ernst zu nehmen.« Auffällig ähnlich sah es Parteigenossin Andrea Nahles zur gleichen Zeit. In einem Interview mit der *Frankfurter Rundschau (FR)* erklärte sie: »Viele fühlen sich offensichtlich mit

6 *Weiß* wird im gesamten Band nicht als biologischer Begriff verstanden. »Weiß ist eine gesellschaftliche Bezeichnung, die besagt: Diese Person wird zur Gruppe der Weißen gezählt und dementsprechend behandelt. Aus Weißsein ergibt sich automatisch eine bestimmte Position in der Gesellschaft, die von der des People of Color-Seins verschieden ist.« (Sow 2011b: 190) Weißsein wird in diesem Sinne als Analyse-kategorie verstanden, bei der aus einer *weißen* Position heraus Weißsein zur unhinterfragten und dethematisierten gesellschaftlichen Norm wird. Damit einher gehen die Nicht-Wahrnehmung von Privilegien und Verstrickungen in rassistische Strukturen. Während *weiß* deshalb in diesem Band kursiv gesetzt wird, wird Schwarz auch in adjektivischer Verwendung groß geschrieben. Damit soll zum einen darauf hingewiesen werden, dass es sich bei der Kategorie Schwarz um eine Erfindung des Rassismus handelt. Zum anderen wurde der Begriff im angloamerikanischen und deutschsprachigen Raum als Selbstbezeichnung Schwarzer Menschen einer emanzipativen Aneignung unterzogen (vgl. Sow 2011c: 608-610; Lauré al-Samarai 2011: 611-613).

ihren täglichen Erfahrungen und Ängsten alleingelassen.« Vor dem Eindruck der ›Angst des [weißen] Volkes‹ und der Auffassung, Sarrazin würde Wahrheiten aussprechen, kam eine sich seit Beginn der Debatte im Kleinen vollziehende ›Integrationsdebatte‹ ins Rollen. Symptomatisch dafür sind die Äußerungen des damaligen Innenministers Thomas de Maizière, der von Millionen integrationsunwilligen Zuwanderern sprach und androhte, den Druck für diejenigen zu erhöhen, die sich nicht anpassen würden (SZ, 10.9.). In der SZ zog Heribert Prantl am 11.9. vorübergehend eine Bilanz der ›Sarrazindebatte‹. Demnach sei der größte Verlierer Bundespräsident Wulff, der es versäumt hätte, eine Integrationsdebatte zu forcieren. Diese zu diesem Zeitpunkt von vielen Seiten geäußerte Kritik an Wulff verdichtete sich, nachdem herauskam, dass Sarrazin durch seinen freiwilligen Rücktritt vom Posten der Bundesbank zusätzliche 1.000 Euro Pension im Monat ausschlagen konnte. In einem offenen Brief forderten 15 bekannte Muslim_innen Wulff auf, »gerade in der derzeitigen angespannten Stimmung für diese Leitsätze einer offenen, von gegenseitigem Respekt geprägten demokratischen Kultur einzustehen und öffentlich für sie zu werben« (taz, 13.9.). Wulff kündigte nach weiterer Kritik an, am Tag der deutschen Einheit das Thema Integration zum Zentrum seiner Rede machen zu wollen. Währenddessen sprachen sich mehr und mehr Politiker_innen, Journalist_innen und Wissenschaftler_innen für stärkere Sanktionen für nicht erbrachte ›Integrations-Leistungen‹ aus. Sigmar Gabriel etwa, einst lautstarker Kritiker Sarrazins, ließ in einem Interview mit *SPIEGEL ONLINE* am 20.9. verlauten: »Wer auf Dauer alle Integrationsangebote ablehnt, der kann ebenso wenig in Deutschland bleiben wie vom Ausland bezahlte Hassprediger in Moscheen.« In dieser Phase starteten viele Zeitungen eine Reportagen-Offensive, um gewissermaßen Sarrazins Thesen einen qualitativen Faktencheck gegenüber zu stellen. Die in den Reportagen re-produzierten Bilder von Migrant_innen glichen einerseits erwartbaren klischeebeladenen und rassistischen Mustern bei der Zeichnung des Bildes des ›Anderen‹. Andererseits ist eine Zuspitzung der Einteilung ›erfolgreicher‹ versus ›unnützer Migrant‹ anhand der Kategorien ›Integrationsleistung‹ und ›Verwertbarkeit‹ festzustellen.

Die ›Integrationsdebatte‹ schlug um in eine Debatte um den ›Islam‹. In die Zeit der ›Sarrazindebatte‹ fiel auch die Veröffentlichung einer Aufsatzsammlung von Alice Schwarzer mit dem Titel »Die große Verschleierung. Für Integration, gegen Islamismus« (Schwarzer 2010), was die Fokussierung auf das Thema Islam mit stützte. Die Islam-Diskussion entbrannte spätestens, nachdem Bundespräsident Wulff bei seiner Rede zum Tag der deutschen Einheit (3.10.) vom Islam, der auch zu Deutschland gehöre, sprach. Nach zunächst verhaltenen bis positiven Reaktionen auf die Rede brach kurze Zeit später eine Diskussion um die Stellung des Islam in der deutschen Gesellschaft los.

Den zustimmenden Statements zur Wulff-Rede setzte die Bundesfamilienministerin Kristina Schröder den (erneuten) Versuch entgegen, das Thema ›Deutschenfeindlichkeit‹ zu etablieren. Gegenüber der *FAS* (10.10.) meinte sie, es gebe keine »Fremdenfeindlichkeit erster und zweiter Klasse«, denn »auch Deutschenfeindlichkeit ist Fremdenfeindlichkeit, ja Rassismus. Denn hier wird jemand diskriminiert, weil er einer bestimmten Ethnie angehört.«

Insbesondere aus den Reihen der Union wurde Wulff zum Teil heftig kritisiert. Bayerns Innenminister Joachim Herrmann sah »überhaupt keinen Anlass, den Islam in unsere Werteordnung zu integrieren« und stellte klar, »Deutschland will [...] nicht den Islam integrieren, sondern seine kulturelle Identität bewahren« (SZ, 8.10.). Der CSU-Chef und bayrische Ministerpräsident Horst Seehofer sagte gegenüber dem *Focus* (11.10.), es sei »doch klar, dass sich Zuwanderer aus anderen Kulturkreisen wie aus der Türkei und arabischen Ländern insgesamt schwerer tun. Daraus ziehe ich auf jeden Fall den Schluss, dass wir keine zusätzliche Zuwanderung aus anderen Kulturkreisen brauchen.« Reihenweise stellten sich insbesondere CSU-Parteikolleg_innen hinter Seehofers Äußerungen. Kritiker_innen forderten von Angela Merkel eine klare Stellungnahme. Zum »Deutschlandtag« der Jungen Union wiederholte Seehofer seine Äußerungen: Ein »prognostizierter Fachkräftemangel« könne »kein Freibrief für ungesteuerte Zuwanderung« sein. Neben der Qualifikation müsse »Integrationsbereitschaft und Integrationsfähigkeit als zusätzliches Kriterium« gelten (FAZ, 17.10.). Einen Tag später stützte Merkel an gleicher Stelle Seehofer. Zwar hätte der Bundespräsident recht gehabt, der Islam sei ein Teil Deutschlands, und verwies auf die notwendige »Zuwanderung von Spezialisten«, bezeichnete aber »Multikulti« als »absolut gescheitert« (FAZ, 18.10.). Seehofer erneuerte regelmäßig seine Äußerungen und meinte beispielsweise Anfang November auf dem CSU-Parteitag: »Wir müssen darauf achten, dass wir nicht das Sozialamt für die ganze Welt werden.« (SZ, 2.11.) Zwar wurde der Begriff ›Leitkultur‹ in dieser Phase nur selten verwendet, Äußerungen um ›Deutschenfeindlichkeit‹, ›deutsche Identität‹ und ›fremde Kulturkreise‹ rekurrieren aber auf dieses Konzept.

Es deutete sich nach einer ungefähr zehn Wochen dauernden Debatte ein Konsens an: Die Diskussion verlagerte sich auf die Frage, ob und wie viele Fachkräfte Deutschland benötigt. Die *SZ* widmete dem Thema in einer Wochenendausgabe ein Dossier (SZ, 23./24.9.). Insbesondere von Seiten der FDP – aber auch aus Reihen der Grünen – wurde ein ›Punktesystem‹ für die Zuwanderung von Fachkräften nach kanadischem Modell gefordert. Dieses sieht vor, in Kategorien wie Qualifikation, Sprache und Alter Punkte zu vergeben; Bewerber_innen müssen einen bestimmten Punktestand erreichen, um einwandern zu dürfen. So setzte sich der damalige Wirtschaftsminister Brüderle (FDP) als Reaktion auf Seehofers Aussagen für eine Reduzierung der

Einkommensgrenze ein, um mehr »hoch qualifizierte Ausländer« ins Land zu holen (SZ, 19.10.). Als Positivbeispiele wurden in diesem Zusammenhang häufig Kanada und Australien genannt.

Am 3.11. fand im Bundeskanzleramt der vierte Integrationsgipfel statt. Nach der Berichterstattung tags darauf schlich die Debatte um Rassismus, Meinungsfreiheit, Integration, Islam, Leitkultur und Fachkräftemangel langsam aus. Der 4.11. markiert somit den vorübergehenden Schlusspunkt der Debatte. Die um Fachkräftemangel zunehmend zentrierte Diskussion kann als realpolitische Entgegnung der Überfremdungsthese gedeutet werden. Die Konfliktlinien zogen sich zwischen der Meinung, »gut qualifizierte« Fachkräfte aus dem Ausland seien im Sinne des globalisierten Wettkampfs der Staaten notwendig (z.B. Brüderle) und Zuwanderung sei auch unter diesem Gesichtspunkt abzulehnen (z.B. Seehofer).

Thilo Sarrazin spielte im Laufe der Diskussionen eine zunehmend geringere Rolle, dennoch zeigt die Chronologie der Debatte, dass die verhandelten Themen im unmittelbaren Zusammenhang mit dem entsprechend vorher und – letztlich durch »Deutschland schafft sich ab« – Angesprochenen standen.

Die »Sarrazindebatte« lässt sich in sechs Phasen einteilen: Auf die anfängliche *Empörung* folgte die Phase der *Meinungsfreiheit*, von der ausgehend das Thema *Integration* verhandelt und zunehmend in Bezug zum *Islam* gestellt wurde. Nach positiven Bezügen zum Islam »als Teil von Deutschland« wurde auf das Konzept der »*Leitkultur*« zurückgegriffen. Schließlich verlagerte sich die Debatte auf das Phänomen des *Fachkräftemangels*.

2. Kontexte und Referenzpunkte der »Sarrazindebatte«⁷

Die herausgearbeiteten inhaltlichen Tendenzen in der »Sarrazindebatte« stehen nicht unverbunden nebeneinander, sondern erfüllen bei der Betrachtung der Kontexte und Effekte spezifische Funktionen. Deshalb werden im Folgenden zunächst der Kontext⁸ und gemeinsame Referenzpunkte der verschiedenen Themen erfasst. In diesem Fall ist die Frage zentral, warum die »Sarrazindebatte« ein über Monate bestimmendes Medienereignis werden konnte.

Erstens konnte Thilo Sarrazin als bereits durch die Öffentlichkeit als »Tabubrecher« stilisierter Politiker leichter eine solche Debatte anstoßen. Nicht nur seine Äußerungen beim Interview mit *Lettre International* (Sarrazin 2009) brachten ihn in diese Rolle. Bereits zuvor fiel er immer wieder durch ähnliche

7 Die Überlegungen zu den Kontexten und Referenzpunkten fußen auf gemeinsam mit Hannah Schultes entwickelten Gedanken, die bereits teilweise an anderen Stellen angedeutet wurden. Vgl. Friedrich/Schultes 2011a, Friedrich/Schultes 2011b.

8 Vgl. zum Kontext aus diskurstheoretischer Sicht Jäger 2010: 42f.

Äußerungen auf. Ausgrenzende Rede und Kosten-Nutzen-Analysen ziehen sich wie ein roter Faden durch seine Karrierelaufbahn (vgl. Schultes/Jäger 2011). Neben dem ›Tabubrecher-Image kam Sarrazin zugute, dass er als Sozialdemokrat nicht im Verdacht stand, ein Anhänger extrem rechter oder gar nationalsozialistischer Ideologie zu sein, was ihn und sein Buch stigmatisiert hätte. Beispielhaft zeigt die Debatte, dass es für ein ›Tabubruch-Image nicht notwendig ist, Unsagbares oder tatsächlich Tabubehaftetes auszusprechen. Es machte wohl auch den Erfolg von »Deutschland schafft sich ab« aus, dass es als ›Tabubruch‹ verkauft und der Verfasser als Typus konstruiert wurde, der ›unangenehme Wahrheiten‹ ausspricht.⁹

Neben dem Image des ›sozialdemokratischen Tabubrechers‹ verschaffte Sarrazin *zweitens* die Repräsentationskrise rechter Positionen Auftrieb. »Deutschland schafft sich ab« erschien zu einem Zeitpunkt, an dem viele Diskussionsstränge zusammen liefen. Auf der Ebene politischer Repräsentation im Parteiensystem wird seit der insbesondere der durch Unions-Rechte wahrgenommenen ›Sozialdemokratisierung‹ der CDU durch Angela Merkel über ein vermeintliches Vakuum am rechten Rand der Union diskutiert. Dies spitzte sich nach der Übernahme der Regierungsverantwortung durch ›Schwarz-Gelb‹ auf Bundesebene im Jahr 2009 zu. Zusammen mit steigender Unzufriedenheit über als schwächlich empfundene Reformversuche bei der Unionsbasis loderten bereits im Laufe der gesamten Zeit des Parteivorsitzes Merkels immer wieder Diskussionen um einen ›Linkstrend‹ der Union neu auf.¹⁰ Diskussionen um Erfolgsaussichten einer ›neuen rechten Partei‹ wurden weiter gefüttert. Solche Gerüchte bekamen weitere Nahrung als eine Reihe von als konservativ geltenden Unionspolitikern sich von Spitzenämtern zurückzogen. Bereits einen Monat vor der ›Sarrazindebatte‹ spekulierte etwa der *Focus* über eine sich formierende »Bürger-Bewegung«: »Nie war die Zeit für die Gründung einer konservativen Alternative günstiger als heute.« (Klonovsky 2010) Unter den möglichen Kandidat_innen einer neuen rechten Partei fanden sich neben ehemaligen Unionspolitikern wie Friedrich Merz auch Peter Sloterdijk – und Thilo Sarrazin. Diese Beschwörungen haben bisher nicht zu einer erfolgversprechenden Parteigründung geführt, und auch Sarrazin ist trotz zweier Ausschlussverfahren weiterhin Sozialdemokrat. Dennoch lassen diese vor und während der ›Sarrazindebatte‹ entfachten Diskussionen auf eine Repräsentati-

9 Vgl. zu ›Meinungsfreiheit‹ den Beitrag von Gabriel Kuhn und Regina Wamper in diesem Band.

10 So trat beispielsweise nach der ›Berliner Erklärung‹ der CDU im Januar 2010 die von CDU-Rechten ins Leben gerufene Kampagne ›Aktion Linkstrend stoppen. Für eine geistige Wende‹ in Erscheinung.

onskrise der politischen Rechten schließen. Der Politikwissenschaftler Richard Gebhardt merkte bezogen auf eine grundsätzliche Repräsentationskrise an:

»Die in zahlreichen Umfragen, Internetforen und Leserbriefen manifest werdende massenhafte Zustimmung zu Sarrazins Thesen deutet auf eine Krise der Repräsentation, in der breite Teile des Publikums der von Bundespräsident Christian Wulff ausgerufenen ›bunten Republik‹ keinen Beifall zollen.« (Gebhardt 2010: 859f)

Die Repräsentationskrise scheint sich für die Unionsparteien zugespitzt zu haben, seit sich die CDU im Grundsatzprogramm offiziell zur Einwanderung bekennt.¹¹ Auffällig ist zudem die während der Herren-Fußball-WM allgemein beschworene ›gelungene Integration‹ vieler Fußballspieler. Die ›Sarrazinebatte‹ ist in diesem Sinne *drittens* als Rollback denkbar, als Versuch, das Faktum der ›Einwanderungsgesellschaft‹ umzukehren und dem ›Multikulti-Team‹ diskursiv etwas entgegenzusetzen.

Sarrazin gelang es *viertens*, unterschiedliche Grundannahmen, Überzeugungen und Konsequenzen zu bedienen und in gewisser Weise zusammen zu denken. In der ›Sarrazinebatte‹ wurde nicht nur der Einwanderungs- mit dem (neoliberalen) Leistungsdiskurs verknüpft, sondern in vielfältiger Weise unterschiedliche Themen und Diskurse miteinander verschränkt. In »Deutschland schafft sich ab« beschäftigt sich Sarrazin keineswegs nur mit Einwanderung und dem Islam. Auch Bildung, Familie, Demografie und Ökonomie sind Themen, die sich durch das Buch ziehen und – wenn auch nicht in der gleichen Intensität – in der ›Sarrazinebatte‹ präsent waren. Die sich in Sarrazins Buch findenden Verschränkungen ermöglichten den Diskussionsstoff der verschiedenen angesprochenen Diskurse über ›Meinungsfreiheit‹, Wahrsprechen, Imam-Ausbildung, ›Deutschenfeindlichkeit‹ und Fachkräftemangel. Nicht das von Sarrazin und anderen Ausgesprochene stellt ein Novum dar, sondern die Gleichzeitigkeit, in der verschiedene Diskurse angesprochen wurden. Zum einen konnten bereits etablierte Verknüpfungen aktualisiert werden, zum anderen noch nicht etablierte hergestellt werden. Eine Analyse der diskutierten Themen während der ›Sarrazinebatte‹ zeigt, dass die beliebtesten Themen aus dem reichhaltigen Themenangebot von Sarrazins Bauchladen die waren, die sich um den ökonomischen (volkswirtschaftlichen) Nutzen von Migration drehten.

Die Konstruktion des *sozialdemokratischen Tabubrechers*, die parlamentarische *Repräsentationskrise* rechter Positionen, der Versuch eines rassistischen *Rollbacks* und die *Verknüpfung anschlussfähiger bereits etablierter Ausgrenzungsdiskurse* sind Gründe für den Erfolg von »Deutschland schafft sich ab«.

11 Wohlgemerkt bezieht sich das Bekenntnis nur auf die »gut ausgebildeten, leistungsbereiten und integrationswilligen Menschen, die bei uns leben, arbeiten, unsere Werte und unser Land als ihre Heimat annehmen wollen« (CDU 2007: 97).

3. Diskursverschiebung nach rechts und Normalisierung der Verschränkung des Einwanderungsdiskurses mit dem Ökonomiediskurs

Diskurse werden mit Margarete und Siegfried Jäger (2007: 23) sowie Jürgen Link (2006: 410) angelehnt an Michel Foucault als Macht-Wissens-Komplexe verstanden, die sich durch die Zeit ziehen, als geregelte, institutionalisierte Redeweisen Deutungsmuster formieren und handlungsleitend für Subjekte sind. Die während der ›Sarrazinebatte‹ angesprochenen Themen sind somit weder als ›neue‹ Themen noch als Tabubrüche zu deuten. Die Diskussionen bedienen und fütterten vielmehr bestehende und hegemoniale Diskurse. Diskurse brechen nicht einfach ab oder entstehen aus dem Nichts. Sie unterliegen zwar Verschiebungen in Bezug auf die Inhalte, die als ›wahr‹ gelten und Wissen formieren, gänzlich zu löschen sind sie allerdings nicht.

Die Sarrazinschen Interpretationen von ›Wirklichkeit‹ speisen sich daher aus bestehenden Macht- und Herrschaftsverhältnissen, Wissensvorräten und Diskursen – und füttern diese wiederum. In der ›Sarrazinebatte‹ wurden bekannte rechte Diskurse (re-)artikuliert. Dabei wurden einerseits etablierte Diskurse wie der antimuslimische weiter gestützt, andererseits in hegemonialen Diskursen als unsagbar Geltendes, wie die freimütige Rede der Eugenik im Mainstream, wieder sagbar gemacht. Auch der Verlauf der Debatte deutet auf eine zunehmende Diskursverschiebung nach rechts hin. Die bereits genannten Beispiele Seehofer und Gabriel zeigen, wie Aussagen, die wenige Wochen zuvor bei Sarrazin (zunächst) zu Empörung führten, weit weniger Widerspruch hervorriefen, da sie zu einer Zeit artikuliert wurden, in der ›ganz offen‹ über Integration gesprochen wurde. Durch die Ausweitung des Sagbarkeitsfelds¹² nach rechts konnten sich Positionen wie die der ›Leitkultur‹ normalisieren.

Beispielhaft sei auf die Position des sozialdemokratischen Bezirksbürgermeisters von Neukölln, Heinz Buschkowsky, hingewiesen. Seit Jahren macht dieser durch Aussagen wie »Multikulti ist gescheitert«, den Forderungen von Verschärfungen von Sanktionen gegen angebliche »Integrationsunwillige« und Gerede gegen »Gutmenschen und sozialromantischen Multikulti-Träumern« auf sich aufmerksam und wurde so zum Repräsentanten des rechten Flügels der SPD (Lausberg 2010). Durch Sarrazin rückte Buschkowsky von rechts ins Zentrum. In einem Interview mit dem *Tagesspiegel* äußerte sich die SPD-Generalsekretärin Andrea Nahles Anfang September 2010 zum Vergleich zwischen dem »aufrechten Bezirksbürgermeister« Buschkowsky und dem »abgedrehten Bundesbanker« Sarrazin:

12 Aus diskursanalytischer Sicht geht es darum, »diskursive Sagbarkeitsfelder darzustellen, diese zu interpretieren und einer Kritik zu unterziehen« (Jäger/Jäger 2007: 15).

»Nicht nur die SPD kann was von Heinz Buschkowsky lernen, sondern wir alle: Man muss in aller Härte die Probleme der Integration aussprechen. Das schmerzt. Aber eines muss immer klar sein: Wir haben Herz für die Menschen. Deshalb ist Buschkowsky ein Sozialdemokrat. Unbequem, manchmal anstrengend, aber einer von uns, denn er engagiert sich für die Menschen und bemisst sie nicht nach ihrem ökonomischen Nutzwert. Das ist der Unterschied zu Sarrazin.« (Nahles 2010)

Im Dezember 2010 wurde Buschkowsky gar als Nachfolger von Innensenator Körting in Berlin ins Gespräch gebracht. Dies ist insofern bemerkenswert, da Buschkowsky im Abgeordnetenhaus als sprichwörtlich ›unsagbar‹ galt. So lehnte die SPD-geführte Regierung im Juli 2008 einen Antrag der Fraktionen der CDU, FDP und Grünen ab, Buschkowsky über seine Ideen zur Integration nach einer Rotterdam-Reise anzuhören. Mittlerweile ist Buschkowsky mehrfach ausgezeichnet. Bereits im April 2010 wurde er mit dem SPD-nahen Gustav-Heinemann-Preis¹³ und im Juni 2011 mit dem Hamm-Brücher-Preis ausgezeichnet. Zu Beginn des Jahres kürte ihn die *Berliner Morgenpost* und ein Radiosender gar zum ›Berliner des Jahres 2010‹.

Ein weiteres Anzeichen für eine Diskursverschiebung nach rechts zeigt die aufgeregte Diskussion um Wulffs Rede zum 3. Oktober. Sein Satz, der »Islam gehört inzwischen auch zu Deutschland« (Wulff 2010) stieß insbesondere bei Konservativen auf harsche Kritik. Als jedoch der damalige Innenminister und CDU-Konservative Wolfgang Schäuble anlässlich der ersten Islamkonferenz im September 2006 meinte, der »Islam ist Teil Deutschlands und Teil Europas, er ist Teil unserer Gegenwart und er ist Teil unserer Zukunft« (Schäuble 2006), blieben die kritischen Stimmen überwiegend stumm, die fünf Jahre später von ›fremden Kulturkreisen‹ und dem Bewahren der ›deutschen Identität‹ sprachen. Zwar hängen Forcierungen und Zurückhalten von Debatten und Kampagnen insbesondere auf der mediopolitischen Ebene von Kontexten, parteiinternen Machtoptionen und Konjunkturen ab, dennoch deutet dies Beispiel auf eine Verschärfung des Beharrens auf etwas häufig als ›Leitkultur‹ Bezeichnetes hin.

Eine Diskursverschiebung nach rechts lässt sich zudem beim Thema Rassismus feststellen. Die Versuche der Familienministerin Kristina Schröder in Diskussionsrunden und Interviews mit Hilfe der ›Deutschenfeindlichkeit‹ das

13 Buschkowsky wurde mit dem Preis durch Laudator und SPD-Chef Gabriel bereits vor der ›Sarrazindebatte‹ als »sozialdemokratischer Schatz« (Güll 2010) geehrt und erhielt damit durch ein Grußwort des Berliner Bürgermeisters Klaus Wowereits die Absolution seiner Exkommunikation. Dies steht jedoch nicht in Widerspruch zu der These, da die Auswahl des Preisträgers im Zusammenhang mit der für die ›Sarrazindebatte‹ wegbereitenden Diskussion um das Interview Sarrazins mit *Lettre International* steht, in deren Folge Buschkowsky als Gegenpart zu Sarrazin aufgebaut wurde.

Argument des ›umgekehrten Rassismus‹ zu etablieren zeigen, dass eine Aufweichung des Begriffs zumindest für möglich erachtet wird. Im Gegensatz zu früheren Interventionen Schröders gelang es diesmal, das Thema breit im hegemonialen Diskurs zu verankern. Eine Relativierung des Rassismus auf einer anderen Ebene lässt sich exemplarisch anhand eines Gastkommentars in der SZ des SPD-Politikers Klaus von Dohnanyi aufzeigen. Er reartikulierte offen rassistische Ideologieelemente, als er zu Beginn der *Phase der Meinungsfreiheit* fragte, warum Sarrazin für so viel Aufregung sorgte und selbst antwortete:

»Im Schatten unserer Geschichte und eines oft allzu einseitigen Bildes unserer Selbst scheuen wir uns vor Debatten und Worten, die bei anderen Völkern gang und gäbe sind. So aber kann eine Gesellschaft den Herausforderungen der Gegenwart kaum begegnen. Also bitte keine Feigheit mehr vor Worten wie Rasse, Juden, Muslime. Es gibt sie. Man darf über sie nachdenken, man darf sie benutzen. Nicht gedankenfeige sein! Aber nie rassistisch!« (Dohnanyi 2010)

Dieses Verständnis steht im Widerspruch zu gängigen Erkenntnissen der Wissenschaft. Bereits 1995 wurde auf Initiative der UNESCO von Anthropolog_innen und Biolog_innen eine Erklärung gegen den Begriff der ›Rasse‹ unterzeichnet. Demnach gebe es

»keinen wissenschaftlich zuverlässigen Weg [...], die menschliche Vielfalt mit den starren Begriffen ›rassischer‹ Kategorien oder dem traditionellen ›Rassen-Konzept zu charakterisieren. Es gibt keinen wissenschaftlichen Grund, den Begriff ›Rasse‹ weiterhin zu verwenden.« (UNESCO 1996)

Henryk Cremer vom *Deutschen Institut für Menschenrechte* verweist zudem auf die zentrale Rolle der Ideologie im NS – ein Kontext, den Dohnanyi versucht aufzulösen. Cremer stellt zugleich klar, dass der Rasse-Begriff »keineswegs nur Gegenstand von Diskussionen im deutschsprachigen Raum [ist]. In etlichen Ländern und Sprachen – insbesondere im kontinentaleuropäischen Raum – gibt es klare Tendenzen, den Begriff ›Rasse‹ in Bezug auf Menschen zu meiden.« (Cremer 2008: 14) Susan Arndt formuliert es treffend: »Es gibt weder ›Hautfarben‹ noch ›Rassen‹. Beides sind biologistische Erfindungen des Rassismus.« (Arndt 2011: 664) Anders gesagt: »Race doesn't exist, but it does kill people.« (Guillaumin 1995: 107)

Die offensiven Versuche einer Relativierung des Rassismus stehen im Zusammenhang mit den Positionen wie die des Heinz Buschkowsky und der ›Leitkultur‹. Mit der Diskursverschiebung nach rechts werden auch Rasse-Konzepte und rassistische Deutungen sagbarer und somit normalisiert.

Die Diskursverschiebung nach rechts bedingt auch die Festigung der Verschränkung des Einwanderungsdiskurses mit dem Ökonomiediskurs. Diese Verschränkung war bereits vor der ›Sarrazindebatte‹ etabliert, konnte aber

durch die Debatte gefestigt werden. Um die Diskursverschiebung zu verdeutlichen, wird zunächst noch einmal auf Sarrazin zurückgegriffen.

Sarrazin bemisst die Wertigkeit von Menschen in seinem Buch häufig anhand ihrer ökonomischen Verwertbarkeit, was nicht ausschließt, dass Sarrazin auch Eugenikdiskurse bedient und rassistisch argumentiert. In den Kritiken an Sarrazin wurde häufig unterstellt, er sei lediglich ein kühler Rechner. Er mag zwar kühl rechnen, aber gleichzeitig ist er glühender Anhänger rassistischer und eugenischer Ideologie. Seine Anfeindungen treffen aber nicht ausschließlich Migrant_innen. In Bezug auf Essensausgaben und Suppenküchen heißt es etwa in »Deutschland schafft sich ab«:

»Ungefestigte Menschen, die nicht planen, nicht mit Geld umgehen, nicht kochen können und denen es an Willensstärke fehlt, die brauchen Suppenküchen, der Rest der Transferempfänger braucht sie nicht. Aber auch den ungefestigten Menschen würde ein Verhaltenstraining mehr helfen als die Unterstützung ihrer Schwächen.« (Sarrazin 2010: 121)

Er sieht insbesondere im Verhalten von ›Transferempfängern‹ Probleme und individualisiert und entpolitisiert somit das Feld des Sozialen, in dem die gesellschaftlichen Ursachen und Zusammenhänge ausgeblendet werden. Bei dieser Individualisierung bedient er sich gängiger Klischees, wenn er etwa vom fehlenden Stolz und Antriebslosigkeit bei Hartz IV-Empfänger_innen spricht. Ein Mensch, dem es an beidem fehle, »konzentriert sich lieber auf kurzfristige Befriedigung. Die bieten ihm Alkohol, Zigaretten, Medienkonsum und Fast-food.« (Ebd.: 149) Sarrazin äußerte sich bereits vor »Deutschland schafft sich ab« ausgrenzend, als er etwa 2009 als Bundesbanker Erwerbslosen vorwarf, auf Staatskosten Energie zu verschwenden: »Hartz-IV-Empfänger sind erstens mehr zu Hause, zweitens haben sie es gerne warm, und drittens regulieren viele die Temperatur mit dem Fenster.« (Hoffmann 2009) Sarrazin homogenisiert eine Gruppe von Menschen (›Hartz-IV-Empfänger‹) und schreibt ihnen negative Werte und Fähigkeiten aus ihrem ökonomischen Status heraus zu. Das diese Zuschreibungen stützende Herrschaftsverhältnis wird gemeinhin als Klassismus bezeichnet.¹⁴ Auch im Interview mit *Lettre International* äußerte er sich an einer viel zitierten Stelle klassistisch:

»Die Stadt hat einen produktiven Kreislauf von Menschen, die Arbeit haben und gebraucht werden, ob es Verwaltungsbeamte sind oder Ministerialbeamte. Daneben hat sie einen Teil von Menschen, etwa zwanzig Prozent der Bevölkerung, die nicht ökonomisch gebraucht werden, zwanzig Prozent leben von Hartz IV und Transfereinkommen; bundesweit sind es nur acht bis zehn Prozent. Dieser Teil muß sich auswachsen.« (Sarrazin 2009)

14 Vgl. dazu Weinbach 2006: 89-91; Winker/Degele 2009: 42-44; Kemper/Weinbach 2009.

Hier geht Sarrazin über das häufig verwendete Instrument des Klassismus hinaus: der Leistungsideologie. Gabriele Winker und Nina Degele weisen darauf hin, dass »bei der Legitimation von Klassismen in kapitalistischen Gesellschaften kein Rekurs auf Natur erfolgt, sondern auf persönlich zurechenbare Leistung verwiesen wird« (Winker/Degele 2009: 44). Dieses Verständnis des Instruments der individuellen Leistung erscheint problematisch, da *Leistungswilligkeit* analytisch nur schwer von biologisch gefasster *Leistungsfähigkeit* zu trennen ist und sehr häufig ergänzend bei der Stützung von Ausgrenzungsdiskursen verwendet wird. Dennoch zeigen die klassistischen Äußerungen von deutschen Politiker_innen der letzten Jahre, dass die Topoi dominant sind, die sich auf leistungsbezogene Zuschreibungen stützen.¹⁵ Sarrazin argumentiert aber explizit biologistisch, wenn er meint, der Teil der ›Unproduktiven‹ müsse sich auswachsen. Er sieht für sie keine Verwendung mehr, da die Jobs, die sie einmal hatten, heute nicht mehr existierten. Egal also, wie sie sich auch anstrengen, eine ›produktive Funktion‹ bleibt ihnen versagt. Sarrazin belässt es nicht bei dem klassistischen Topos der Unproduktiven, sondern wendet die Kategorie der ökonomischen Verwertbarkeit auch rassistisch an, wenn er direkt nach der zitierten Passage sagt:

»Eine großes Zahl an Arabern und Türken in dieser Stadt, deren Anzahl durch falsche Politik zugenommen hat, hat keine produktive Funktion, außer für den Obst- und Gemüsehandel, und es wird sich vermutlich auch keine Perspektive entwickeln.« (Ebd.)

Die Beobachtung, dass Sarrazin insgesamt gegen von sozialer Ungleichheit betroffene Menschen – sowohl diejenigen, die er als ›deutsch‹ und diejenigen, die er als ›Migranten‹ labelt – Stellung bezieht, soll nicht den Eindruck erwecken, Sarrazin würde sich nicht auch aus dem Fundus rassistischen Wissens bedienen.¹⁶ Er variiert dabei zwischen Biologismus und kulturellem Rassismus (Hall 2000), wenn er einerseits auf Vererbungstheorien rekurriert und andererseits einen ›islamischen Kulturkreis‹ konstruiert. Der Blick auf die ›Sarrazindebatte‹ zeigt aber, dass die nicht direkt auf Migrant_innen bezogenen klassistischen Äußerungen Sarrazins selten Gegenstand der Diskussionen war. Im Gegensatz zu den rassistischen und eugenischen Elementen der sarrazinischen Welt wurden seine Klassismen einerseits selten kritisiert, andererseits wurde aber auch kaum über nicht-migrantische Betroffene sozialer Ungleichheit gesprochen. Das deutet auch Juliane Karakayali an:

15 Eine Liste von klassistischen Sprüchen deutscher Politiker_innen führt Andreas Kemper im Internet (Kemper 2009).

16 In einem Gespräch mit Henryk M. Broder in der *taz* offenbarte Sarrazin seine Verstrickungen in rassistische Denkmuster, als er zugab auf Geheiß des Verlags in seinem Buch überall das Wort ›Rasse‹ durch ›Ethnie‹ ersetzt zu haben (Sarrazin 2010b).

»Dass es aber in dieser Debatte eben nicht nur um Klasse geht, zeigen die Reaktionen auf Thilo Sarrazins Buch: Darin behauptete er, dass deutsche und migrantische Arme gemeinsam ›Deutschland abschaffen‹. In der öffentlichen Debatte um seine Thesen spielen die deutschen Armen allerdings kaum eine Rolle, diskutiert wird über MigrantInnen.« (Bojadžijev u.a. 2010: 124)

Diese These stützt die Auswertung der Debatte. Während der verschiedenen Phasen der ›Sarrazindebatte‹ wurde überwiegend in Bezug auf ›Kultur‹, Religion, Nützlichkeit, Integration und Verwertung von Migrant_innen gesprochen. Die Thematisierung der vermeintlichen ›Abschaffung Deutschlands‹ durch Hartz IV-Empfänger_innen per se war nur in seltenen Fällen Gegenstand der Diskussionen; gesprochen wurde hauptsächlich über angeblich ›(un-)produktive Migranten‹. Beispielhaft dafür sind die vielen Reportagen und Porträts über ›Menschen mit Migrationshintergrund‹. Dabei wurden ›Musterbeispiele gelungener Integration‹ einer nicht zu Wort kommenden und dadurch anonymisierten Masse von ›Integrationsunwilligen‹ gegenüber gestellt. Kriterien, an denen fest gemacht wurde, wer als gut bzw. als schlecht integriert zählt, waren neben dem Grad der Religiosität insbesondere Verwertungskategorien.¹⁷

Nach der Rede Wulffs zum Tag der deutschen Einheit wurde viel über die Stellung des Islam in Deutschland diskutiert, aber zu keinem Zeitpunkt über die Begründung des Bundespräsidenten:

»Deutschland – mit seinen Verbindungen in alle Welt – muss offen sein gegenüber denen, die aus allen Teilen der Welt zu uns kommen. Deutschland braucht sie! Im Wettbewerb um kluge Köpfe müssen wir die Besten anziehen und anziehend sein, damit die Besten bleiben.« (Wulff 2010)

Wenn die ökonomische Verwertbarkeit von Einwander_innen jedoch gefährdet ist, wird die Offenheit durch öffentliche Anklage ersetzt. Wulff stellte klar, dass »Integrationsprobleme« unterschätzt wurden und nennt »das Verharren auf Staatshilfe, die Kriminalitätsraten und das Machogehabe, die Bildungs- und Leistungsverweigerung« (ebd.).

Unhinterfragte Grundlage einer solchen Diskussion ist die Adäquanz der Kategorie der ökonomischen Verwertbarkeit bei der Sortierung von Menschen. Wie sehr »Einwanderer als Ware« (Schmidtke 2010) verhandelt werden, zeigen symptomatisch die in der Debatte kaum zur Kenntnis genommenen Äußerungen von Thomas Straubhaar, dem Direktor des *Hamburgischen WeltWirtschaftsinstituts (HWWI)*. In einem »Streitgespräch« mit Sarrazin für die Zeitschrift *Capital* im September 2010 kritisierte Straubhaar zwar Sarrazins »biologische Art und Weise« (Sarrazin/Straubhaar 2010: 92).

17 Vgl. dazu den Beitrag von Sebastian Friedrich und Hannah Schultes in diesem Band.

Ansonsten waren sich beide Ökonomen einig über die Notwendigkeit von Sozialleistungskürzungen. Ein tiefer Einblick in die Weltansicht Straubhaars offenbarte sich, als er meinte:

»Ich wäre dafür zu haben, vom Wohnsitzland- auf das Herkunftslandprinzip umzustellen. Ausländer bekämen dann die sozialen Grundleistungen nicht mehr nach deutschem Standard. Sondern nach den Regeln, die in ihrem Heimatland gelten.« (Sarrazin/Straubhaar 2010: 94)

Auf Nachfrage, ob dann in Deutschland lebenden Türken nur die Sozialhilfe auf dem Niveau der Türkei zustünde, antwortete Straubhaar: »So ist es. Bei Waren gilt dieses Prinzip. Importierte Turnschuhe werden ja auch nicht zu deutschen Löhnen und Sozialstandards hergestellt.« (Ebd.)

Zum jetzigen Zeitpunkt können aus diskurstheoretischer Sicht zwei für diesen Band zentrale Effekte der ›Sarrazindebatte‹ ausgemacht werden. Zum einen ist eine *Diskursverschiebung nach rechts* festzustellen, zum anderen eine *Festigung der Verschränkung des Ökonomiediskurses mit dem Einwanderungsdiskurs*.

4. Rassismus in der Leistungsgesellschaft

Die Diskursverschränkung von Einwanderung und Ökonomie wird insbesondere vermittelt über Rassismus und Leistungsideologie. Wie drückt sich die Verbindung der Ideologien aus, welche Wirkungen, Funktionen und Mittel sind mit ihr verbunden?

Die Diskursverschränkung hat sich bereits in juristischer Form manifestiert. Beispielsweise wurden durch eine faktische Abschaffung des Rechts auf Asyl 1993, durch Regelungen wie die des Ehegattennachzugs und durch verstärkte Kontrolle der EU-Außengrenzen (Frontex) Versuche unternommen, Einwanderung weiter zu regulieren bzw. zu verhindern. Die ›Sarrazindebatte‹ kann als Tendenz gedeutet werden, eine weitere Kontrolle von Migrant_innen innerstaatlich durchzusetzen. Dies funktioniert mit der Verschränkung des im Einwanderungsdiskurs verankerten Rassismus und der mit dem Ökonomiediskurs verknüpften (neoliberalen) Leistungsideologie. Bei Sarrazin wirkt sich die Verschränkung von Rassismus und Leistungsideologie aus, wenn er davon spricht, dass

»Migranten aus islamischen Ländern [...] mit der Grundsicherung einen aus ihrer Sicht – im Verhältnis zu den Herkunftsländern – beispiellos hohen Lebensstandard [haben]. Das befreit sie von der Notwendigkeit, ihren traditionellen Lebensstil zu ändern, sich um Spracherwerb und Arbeit zu bemühen und ihren Frauen mehr abendländische Freiheiten

zugestehen. So führt ein gerader Weg von der Grundsicherung zu den Parallelgesellschaften der islamischen Migranten.« (Sarrazin 2010: 150)

Dieses Motiv war auch in der ›Sarrazindebatte‹ anschlussfähig. Roland Preuß fragte in einem SZ-Kommentar, was die »Einheimischen« von »ihren [!] muslimischen Zuwanderern verlangen« sollen und »Migranten von dieser Mehrheit erwarten dürfen«. Migrant_innen müssten sich nach Preuß von ihrer »Gastarbeiter-Mentalität« lösen, das Grundgesetz achten und »Grundwerte« leben. Ein weiteres »Gebot« bestehe in dem Imperativ »Du sollst dich anstrengen!« (Preuß 2010). Es wird in rassistischer Manier unterschieden zwischen der Mehrheit, von der etwas erwartet werden *darf* und der Minderheit, von der etwas erwartet werden *soll*. Migrant_innen werden in dieser Denkweise kurzerhand zu Quasi-Eigentum der ›Einheimischen‹, die bestimmen dürfen, wie sich ›ihre muslimischen Zuwanderer‹ verhalten sollen. Diese an kolonialrassistische Geschichte anknüpfenden Diskurse werden verbunden mit dem Beschwören der Leistungsideologie.

Die ›Sarrazindebatte‹ deutet auf eine Erweiterung der dem gegenwärtigen Rassismus unterliegenden Paradigmen hin. In Anlehnung an Analysen zu »Neo-Rassismus« bzw. »Rassismus ohne Rassen« (z.B. Balibar 1990: 28), gekoppelt mit expliziter Berücksichtigung von der Sicherung von Privilegien durch bestehende Machtverhältnisse, kann Rassismus folgendermaßen verstanden werden:

Von Rassismus ist zu sprechen, wenn Gruppen von Menschen zu einer ›Rasse‹, einer ›Ethnie‹ und/oder einer ›Kultur‹ konstruiert werden, auf deren Grundlage eine Wertung aus der Perspektive der privilegierten Position heraus vorgenommen wird, die in Richtung der Macht- und Herrschaftsverhältnisse ausgerichtet ist. Diese Prämissen können unterschiedliche Gewichtungen und Ausformungen haben, weshalb es sich um *Rassismen* handelt.

Die ›Sarrazindebatte‹ kann als Indikator für eine Verstärkung vorhandener Grundannahmen für rassistisches Denken und Handeln gedeutet werden. Migrant_innen werden nicht mehr ausschließlich in biologistisch- und/oder kulturrassistischer Weise mit Hilfe von Naturalisierungen zu ›Anderen‹ gemacht, sondern erhalten vermeintlich die Möglichkeit, sich durch individuelle Anstrengungen und ›Leistungserbringung‹ zu inkludieren bzw. durch ›Leistungsverweigerung‹ weiter zu exkludieren. Die soziale Lage von Teilen von Migrant_innen wird auf individuelles Versagen zurückgeführt und rassistische Muster mit klassistischen Deutungen gestützt. Es wird postuliert: Würden sich alle Migrant_innen so wie die ›Musterbeispiele‹ anstrengen, gäbe es keine Probleme mehr. Neben zugeschriebener Leistungsverweigerung wird die soziale Stellung von sozialer Ungleichheit betroffener Migrant_innen nicht nur individualisiert, sondern zudem in Verbindung mit ›Kultur‹, ›Ethnie‹ (im

Klartext: ›Rasse‹) gebracht und somit soziale Ungleichheit naturalisiert. Das ideologische Instrument der Naturalisierung zur Legitimierung von Rassismus wird somit zunehmend ergänzt durch Leistungsideologie.

Freilich stellt die Bezugnahme auf die Leistungsideologie eine phantasmatische Blase dar. Legenden von einstigen Tellerwäscher_innen und heutigen Millionär_innen, die es durch ›harte Arbeit‹ ›geschafft‹ hätten, suggerieren, jede_r könnte den sozialen Aufstieg schaffen – benötigt würden lediglich Fleiß und Schweiß. Studien weisen hingegen immer wieder darauf hin, dass es mit einer häufig postulierten ›Leistungsgerechtigkeit‹ nicht weit bestellt ist. Am Beispiel des Bildungsbereichs lässt sich zeigen, wie sich ›Leistungsgerechtigkeit‹ in der Praxis auswirkt. In der IGLU-Studie 2006 machten Forscher_innen einen »nicht unbeträchtliche[n] Einfluss der sozialen Herkunft auf die Schullaufbahnpräferenzen der Lehrkräfte« aus (Bos/Hornberg et al 2007: 25). Laut der Studie hätten Kinder aus der oberen Dienstklasse bereits gute Chancen, eine Gymnasialempfehlung nach der Grundschule zu erhalten, wenn ihre Lesekompetenz knapp unter dem Mittelwert liegt, während Kinder von un- und angelernten Arbeiter_innen dafür eine Lesekompetenz weit über dem Durchschnitt erreichen müssten (ebd.).¹⁸

Das Beispiel zeigt, dass ›Leistungserfüllung‹ keineswegs sozialen Aufstieg bedeutet. Insofern fungieren Begriffe wie ›Leistungsbereitschaft‹, ›Leistungsgerechtigkeit‹, ›Eigenverantwortung‹ und ›Leistungsgesellschaft‹ als trügerische Ideologieelemente, die ›Versagen‹ individualisieren und so zur Befriedung sozialen Widerstands gegen vorhandene Unterdrückungsstrukturen dienen. Die Individualisierung des Sozialen kann Kritik am Nichtvorhandensein von ›Leistungsgerechtigkeit‹ als persönliches Versagen einzelner kanalisieren.

Diskursive Vorläufer, die im Sinne neoliberaler Ideologie die Leistungsträger beschworen, gab es zu Genüge. Ein Blick auf die verschiedenen Ebenen verdeutlicht, dass sich sowohl in der Elite als auch im Mittelstand und bei armen Menschen Leistungsideologie und Rassismen verschränken, miteinander wirken und vermittelt werden.

Exemplarisch für Interventionen der Elite sind die Äußerungen Westerwelles zur spätrömischen Dekadenz und die »Sloterdijk-Debatte« (Rehmann/Wagner 2010). Diese bereiteten den Weg zur weiteren Normalisierung und Radikalisierung von (neoliberaler) Leistungsideologie. Im Februar äußerte sich der damalige Vizekanzler und FDP-Vorsitzende Guido Westerwelle zu den seiner Sicht nach kaum beachteten ›Leistungsträgern‹:

»Es scheint in Deutschland nur noch Bezieher von Steuergeld zu geben, aber niemanden, der das alles erarbeitet. Empfänger sind in aller Munde,

18 Das ist nur ein kleinteiliges Beispiel klassistischer Bildungsbenachteiligung. Vgl. dazu ausführlicher Kemper/Weinbach 2009: 117-136.

doch die, die alles bezahlen, finden kaum Beachtung. [...] CDs mit den Daten krimineller Steuerhinterzieher erregen die ganze Republik. Tausendmal mehr Bürger, die für ihre Arbeit weniger bekommen, als wenn sie Hartz IV bezögen, tun es nicht. [...] Wer dem Volk anstrengungslosen Wohlstand verspricht, lädt zu spätrömischer Dekadenz ein.« (Westerwelle 2010)

Sehr ähnlich argumentierte kurz zuvor der Neo-Aristokrat Peter Sloterdijk. Im Juni 2009 schrieb er in der *FAZ* einen viel beachteten Aufsatz, in dem er die »Revolution der gebenden Hand« (Sloterdijk 2009a) forderte, die sich gegen eine Umkehrung der Ausbeutungsverhältnisse richten müsse. Im »ökonomischen Altertum« hätten die Reichen auf Kosten der Armen gelebt; in der »ökonomischen Moderne« lebten hingegen »die Unproduktiven mittelbar auf Kosten der Produktiven«. Die »Leistungsträger« müssten sich dem »Steuerstaat« und dem »Semisozialismus« mittels »fiskalische[m] Bürgerkrieg« widersetzen. Auf diesen Aufsatz entbrannte eine Feuilleton-Debatte, die insbesondere in der *SZ*, in der *FAZ* und in der *ZEIT* ausgetragen wurde. Ausführlich äußerte sich Sloterdijk im November im *CICERO* mit einem langen Essay. Sloterdijk aktualisierte noch einmal seine Positionen, äußerte sich aber auch bezugnehmend auf die Diskussion um das *Lettre International*-Interview zu Thilo Sarrazin. Er sprach von einem

»entlarvenden Vorgang, der sich vor wenigen Wochen anlässlich einiger kantiger Formulierungen des ehemaligen Berliner Finanzsenators Thilo Sarrazin entwickelt hat: Weil er so unvorsichtig war, auf die unleugbar vorhandene Integrationsscheu gewisser türkischer und arabischer Milieus in Berlin hinzuweisen, ging die ganze Szene der deutschen Berufsempörer auf die Barrikaden, um ihm zu signalisieren: Solche Deutlichkeiten sind unerwünscht. Man möchte meinen, die deutsche Meinungs-Besitzer-Szene habe sich in einen Käfig voller Feiglinge verwandelt, die gegen jede Abweichung von den Käfigstandards keifen und hetzen.« (Sloterdijk 2009b)

Sloterdijk sieht offensichtlich weniger in den rassistischen Aussagen Sarrazins ein Problem, auf die er an keiner Stelle eingeht. Sehr wohl problematisch erscheint ihm jedoch die »Epidemie des Opportunismus«, die sich in einer »Sklavensprache« ausdrücke und die von Sarrazin geäußerte »Wahrheit« mit »Existenzvernichtung« bestrafe (ebd.). Genau ein Jahr später äußerte sich Sloterdijk nach langem Schweigen im *SPIEGEL* zur Debatte, die in Folge von »Deutschland schafft sich ab« losbrach. Sarrazin habe »unter Aufbietung ausführlicher Beweise Unstimmiges in der deutschen Zuwanderungspolitik« aufgedeckt und dabei »Tatsachen« vorgetragen, »die ohne genetische Begründungsversuche solider dastehen als mit diesen« (Sloterdijk 2010). Er teilt offensichtlich nicht den biologistischen Rassismus Sarrazins, jedenfalls grenzt er sich davon ab. Eine diskursive (Unter-)Stützung scheint in einem ge-

meinsamen Interesse begründet zu sein: Der Fütterung von Ungleichheitsdiskursen. Der Publizist Albrecht von Lucke bemerkte dazu bereits Ende 2009:

»Weit über den Kreis der üblichen Verdächtigen hinaus, bricht sich heute dezidiert in der Mitte der Gesellschaft ein tief sitzendes Ressentiment gegen ethnische Minderheiten und sozial Schwache Bahn, werden durch selbst ernannte Eliten und ›Leistungsträger‹ Diskurse möglich, die man noch vor Kurzem nicht für möglich erachtet hätte. Letztlich zielen alle diese Positionen auf eines: die Relativierung des Gleichheits- und Gerechtigkeitsgebots, das im europäischen steuerfinanzierten Sozialstaat seine wohl bedeutendste Ausprägung gefunden hat und als solches im Grundgesetz garantiert wird.« (von Lucke 2009: 57f)

Dass das Postulat von Ungleichheit gleichzeitig zu einer weltweiten Kapitalismuskrise populär ist, ist kein Zufall. Das zeigen die Ergebnisse der neunten Ausgabe der Langzeitstudie »Deutsche Zustände« (Heitmeyer 2010). Sie müssten als »deutliche Vereisung des sozialen Klimas« interpretiert werden, da es deutliche Anstiege hinsichtlich »abwertender, menschenfeindlicher Einstellungen gegenüber verschiedenen schwachen Gruppen« gebe, die »an-gefeuert von politischen, medialen und wissenschaftlichen Eliten« deutlich bei höheren Einkommensgruppen vorzufinden seien (ebd.: 15). Diese führe zu einer zunehmend »rohen Bürgerlichkeit«, die sich dadurch auszeichne, »dass es infolge von ökonomischen wie gesellschaftlichen Kriseneffekten deutliche Hinweise auf eine *entsicherte wie entkultivierte Bürgerlichkeit* gibt, die auch über angeblich liberale Tages- und Wochenzeitungen verbreitet wird« (ebd.). Als Grund nennen die Forscher_innen die »Sicherung bzw. Steigerung eigener sozialer Privilegien durch Abwertung und Desintegration volkswirtschaftlich etikettierter Nutzloser« und die »kulturelle Abwehr durch Abwertung (etwa hinsichtlich der Islamfeindlichkeit)« (ebd.: 16).

Nicht erst seit der ›Finanzkrise‹ dürfte die Sicherung von Privilegien Einfluss auf die Einstellungsmuster haben. Die Sicherung sozialer Privilegien wird meist mit dem hegemonialen leistungsorientierten Arbeitsethos begründet. Während Teile der Elite sich um die Legitimation ihrer sozialen Position sorgen und versuchen diese durch Verweise auf Leistungsträgerschaften aufrechtzuerhalten, dürfte bei Teilen der Mittelschicht eine andere Komponente für die Abgrenzung hinzukommen. Gerade im Zuge einer ›Krise‹ fühlen sich die momentan Privilegierten an die Bedrohung erinnert, selbst das ›soziale Netz‹ in Anspruch nehmen zu müssen. Aus dieser Angst heraus kann der ›Sozialstaat‹ aber nicht abgeschafft werden. Die Zielscheibe verlagert sich – verbunden mit einer allgemeinen Tradition, Missstände nicht strukturell, sondern personalisiert zu betrachten – von dem Rahmen (›Sozialstaat‹) auf diejenigen, die Leistungen in Anspruch nehmen.

Dies ist freilich nicht nur bei der Mittel- und Oberschicht zu finden. Heitmeyer und sein Team stellen zwar fest, dass in höheren Einkommenschichten ›menschenfeindliche‹ Einstellungen anstiegen, aber vorhanden sind sie auch bei unteren Einkommenschichten. Stuart Hall spricht in diesem Zusammenhang vom »Rassismus der Subalternen« (Hall 2000: 10) und stellt am Beispiel England fest,

»daß Rassismus gerade dort selbstverständlich und offensichtlich ist, wo Leute mit Menschen, die als andere ›Rasse‹ definiert werden, Seite an Seite zusammenleben, und wo Gruppen, die um einen Platz an der Sonne kämpfen, andere Gruppen auszuschließen versuchen, die ebenfalls um diesen Platz kämpfen« (ebd.: 11).

Sowohl eine insbesondere von ›oben‹ aber auch von ›unten‹ forcierte Stützung von Ungleichheitsdiskursen kann folgenden – schematisch dargestellten – Effekt nach sich ziehen: Durch den Diskurs sollen die Teile der Gesellschaft ausgegrenzt werden, die nach neoliberaler Logik keinen ›Mehrwert‹ mehr produzieren (können). Im nächsten Schritt folgt das Absprechen eines generellen Werts (Ausgrenzung). Das hat zur Folge, dass die potenziell oder näher Betroffenen von Ausgrenzung und Diskriminierung gegen die bereits Ausgegrenzten zu Felde ziehen und für Teilhabe an der gesellschaftlichen ›Normalität‹ – in Systemen mit kapitalistischer Produktionsweise bedeutet das für diese Gruppen: ›Teilhabe am Arbeitsmarkt‹ (sprich: ausgebeutet werden) – kämpfen. Die (noch) Ausgebeuteten ziehen ihrerseits eine klare Trennlinie zu den um Ausbeutung kämpfenden (potenziell) Ausgegrenzten, weil die zum einen ›auf ihre Kosten‹ leben und zum anderen ihre Privilegien gefährden. Von diesem Mechanismus des Verhältnisses Ausbeutung und Ausgrenzung sind nicht ausschließlich Migrant_innen betroffen, sondern prinzipiell alle Hartz-IV-Empfänger_innen, Leiharbeiter_innen etc. Jedoch fallen rassistische Positionen im Selbstverständnis der *weiß*-deutschen Mehrheitsgesellschaft auf fruchtbaren Boden.

Die dargestellten Funktionen des hier als ›Rassismus in der Leistungsgesellschaft‹ Bezeichneten lassen sich anhand der verschiedenen sozialen Gruppen zusammenfassen: Durch die ›Finanzkrise‹ sieht sich die Elite veranlasst, ihre etablierten Vorrechte zu verteidigen und die Legitimation ihrer Stellung zu reformulieren, in dem auf die Gefahr eines scheinbar übermächtigen Heers aus ›Leistungsempfängern‹ verwiesen wird. Reale Abstiegs- und Ausgrenzungsängste der Mittelschicht führen zu Abgrenzungsmechanismen nach ›unten‹.

Als Mittel der Ab- und Ausgrenzungen bedient man sich der diskursiven Umkehrung von Ausbeutungsverhältnissen, indem ›Leistungsträger‹ als Ausgenutzte der ›Leistungsempfänger‹ konstruiert werden. Den klassistisch und/oder rassistisch Ausgegrenzten wird unterstellt, nicht leistungswillig und/oder

leistungsfähig (bzw. integrationswillig und integrationsfähig) zu sein. Bezüge auf individuelle Leistungsunwilligkeit basieren auf der Leistungsideologie, während Leistungsunfähigkeit auf der Ideologie der Naturalisierung gründen. Beide Ideologien stehen nicht im Widerspruch zueinander, sondern können sich durch verschiedene miteinander verschränkte Diskurse gegenseitig stützen und erklären. Die ›Sarrazindebatte‹ normalisierte das Zusammenspiel der Individualisierung, der Ethnisierung und der Naturalisierung des Sozialen.

5. Aufbau und Beiträge des Sammelbandes

Die Ausführungen zum gesellschaftlichen Kontext und dem Spektrum gesellschaftlicher Positionen der Verschränkung deuten die Komplexität des Zusammenspiels von ›Rassismus‹ und ›Leistungsgesellschaft‹ an. Der dem Medium Buch inhärenten Linearität, nach der Gedanken, Beiträge und Kapitel ›logisch‹ aufeinander folgen müssen, ist es geschuldet, dass die sich durch alle Beiträge ziehenden Verflechtungen verschiedener Themen auf unterschiedlichen Ebenen zugunsten einer als ›sinnvoll‹ erscheinenden Abfolge unterminiert werden. Die vorgenommene Abfolge der Beiträge hätte entsprechend anderer Zugänge und Schwerpunktsetzungen eine andere sein können. Es bietet sich daher möglicherweise an, statt der gewohnten linearen Leseweise (›von vorne nach hinten‹) eher verzweigt, verquer und vernetzt zu lesen – und der vorgenommenen Chronologie nicht allzu viel Beachtung zu schenken.

Migration und Rassismus

Zunächst wirft *Sabine Hess* ein kritisches Licht auf die wissenschaftliche Wissensproduktion zu Migration in den letzten gut 60 Jahren und auf die neuere Migrationsdebatte in Deutschland. Sie zeigt, wie lange vor Autor_innen wie Thilo Sarrazin Migration als ›Problem‹ vermessen und gedeutet wurde und die zentralen Konzepte ein ›Container-Denken‹ von Kultur und Gesellschaft erkennen lassen. Diesen Positionen stellt sie alternative Sicht- und Herangehensweisen entgegen.

Yasemin Shooman zeigt auf, wie in rassistischen Weltbildern der Begriff der Kultur – bzw. im Fall des antimuslimischen Rassismus auch der Begriff der Religion – eine ähnliche Stellung einnimmt wie der biologistische Rasse-Begriff. Zugleich sind als Muslim_innen markierte Menschen einem Rassifizierungsprozess unterworfen. Ausgehend von der ›Sarrazindebatte‹ beleuchtet Shooman die dominanten Topoi des antimuslimischen Diskurses und analysiert diese hinsichtlich ihrer Funktionen.

Einen empirischen Blick auf mediale Darstellungen von Migrant_innen während der ›Sarrazindebatte‹ riskieren *Sebastian Friedrich* und *Hannah Schultes*. Ausgehend von einer diskursanalytischen Untersuchung zeigen sie, wie ›migrantische Stimmen‹ in den untersuchten Publikationen durch den Bezugsrahmen ›Integration‹ Bestandteil einer konstruierten Dichotomie zwischen ›integrierten‹ und ›nicht integrierten‹ Migrant_innen werden. Die Deutungen migrantischer Lebensläufe durch die Journalist_innen spiegeln jedoch nicht nur ein Integrationsparadigma wider, sondern auch gegenwärtige Formen der Regierung von devianten Subjekten in der ›Leistungsgesellschaft‹.

Ausgangspunkt des Beitrags von *Serhat Karakayali* ist anschließend die Beobachtung, dass in neueren Formen des Rassismus vermeintlich emanzipative Kritiken eingehen und von ihm gleichsam vereinnahmt werden. Untersucht wird dabei, auf welche Weise die einzelnen Merkmale dieses Syndroms miteinander in Beziehung stehen. Reflexivität ist sowohl Modus operandi des Syndroms als auch Distinktionskriterium des neuen Eurozentrismus, in dem der muslimische ›Andere‹ als nichtreflexiv markiert wird. Dieser Zusammenhang wird dann macht- und subjektivierungstheoretisch interpretiert.

Daran anknüpfend wagen *Vassilis Tsianos* und *Marianne Pieper* den Versuch einer neuen theoretischen Kartographie der Analytik von Rassismus. Sie sehen in der Popularität von Sarrazin und anderen ›islamkritischen‹ Konsorten das Symptom einer neuen rassistischen Formation, die sie mit dem von ihnen vorgeschlagenen Begriff des ›postliberalen Rassismus‹ zu entziffern versuchen. Rassialisierende Differenz wird nicht mehr als kulturalistische Abweichung von der deutschen leitkulturellen Norm skandalisiert, sondern als der sichtbare Beweis für eine ›Schläferbereitschaft‹ innerhalb der angenommenen deutschen Staatsangehörigkeit.

Bevölkerungs- und Biopolitik

Nach diesen Betrachtungen aus migrations- und rassismustheoretischer Perspektive widmen sich die folgenden drei Beiträge der Bevölkerungs- und Biopolitik. *Juliane Karakayali* ordnet die gegenwärtige, bevölkerungspolitisch orientierte Migrationsdebatte in aktuelle Geschlechterpolitiken ein. Sie zeigt auf, dass die in der ›Sarrazindebatte‹ forcierte Idee einer Vererbung von Intelligenz und der damit verbundenen Forderung nach einer Förderung der Geburtenzahl von Akademikerinnen mit von der Bundesregierung bereits vor Jahren getroffenen Maßnahmen wie beispielsweise der Einführung des Elterngeldes korrespondiert. Damit werden soziale Ungleichheiten zu natürlichen Ungleichheiten umgedeutet und festgeschrieben. Dies erfolgt innerhalb eines neoliberalen Diskurses, der gerade jungen Frauen die Einlösung feministischer Forderungen nach Teilhabe verspricht.

Moritz Altenried versteht die ›Sarrazindebatte‹ als Symptom einer rassistischen Re-Artikulation, die sich nicht nur auf der Ebene der Debatte vollzieht, sondern sich als biopolitisches Dispositiv im Einklang mit verschiedenen Diskursen, Institutionen, Technologien, Praktiken und Gesetzen konstituiert. Altenried kennzeichnet dieses Dispositiv einerseits durch Echos und Re-Formulierungen historischer Rassismen und andererseits durch starke Affinitäten zu neoliberalen Leistungs- und Produktivitätsdenken.

Durch die Perspektive der von Foucault begonnenen Studien zur Gouvernementalität untersucht *Elke Kohlmann* die ›Ökonomisierung des Sozialen‹ im Rassismus Sarrazins und zeigt auf, dass die Ökonomie als vorrangiges Analysemedium für den ›Lebenswert‹ der Individuen etabliert wird. Sie fragt, ob Sarrazin alleine mit den Werkzeugen Rassismus und Neo-Rassismus auseinander zu schrauben ist – oder ob neue Werkzeuge benötigt werden, um solche Forderungen in ihrer Ganzheit zu begreifen.

Kapital und Nation

Nach den eher subjektzentrierten Beiträgen zur Bevölkerungs- und Biopolitik richtet sich das Interesse auf nationalistische Großmachtvorstellungen, Kapitalinteressen und die Zusammenhänge der von Sarrazin bedienten Diskurse. *Jürgen Link* entfaltet zunächst anhand der Lektüre von »Deutschland schafft sich ab« die verschiedenen Dimensionen des von Sarrazin vorgestellten Deutschland. Link zeigt auf, dass Sarrazins Deutschland nicht nur Neoliberalismus, sondern auch ›Neo-Sozialdarwinismus‹ durchzieht. Schließlich wird »Deutschland schafft sich ab« anhand des Konzepts des Normalismus kontextualisiert.

Angesichts der Ökonomisierung, Kulturalisierung, Ethnisierung und Biologisierung des Sozialen spricht *Christoph Butterwegge* von einer Sinnkrise des Gegenwartskapitalismus. Beispiele dafür, wie diese überdeckt und gleichzeitig ausgenutzt wird, sieht der Verfasser in Guido Westerwelles neoliberaler Wohlfahrtsstaatskritik ebenso wie in Thilo Sarrazins Hetze gegen den Sozialstaat, Arme und Migrant_innen. Sowohl die Aussagen des früheren FDP-Vorsitzenden als auch die des früheren Bundesbankvorstandes kreisen um Deutschland, das ›eigene‹ Volk und seinen Wirtschaftsstandort. Neoliberalismus begünstigt Standortnationalismus, Sozialdarwinismus und Wohlstandschauvinismus. Diese fungieren als ideologische Ablenkungsmanöver der Herrschenden und stellen Butterwegge zufolge eine Gefahr für die Demokratie dar.

Als ein von der Sorge um den angeblich schwächelnden deutschen Staat Getriebener wird Sarrazin von *Jörg Kronauer* beschrieben. Nach Sarrazin genüge die deutsche Bevölkerung in puncto Fortpflanzung und Bildungsniveau nicht den Ansprüchen, die man an eine globale Macht stellen müsse.

Mit seinem Plädoyer, dies zu ändern und die Bevölkerung an die Bedürfnisse staatlicher Großmachtspolitik anzupassen, greift Sarrazin in eine nationalistische Debatte ein, die gegenwärtig in den deutschen Eliten breit geführt wird und weitere Vorschläge zur inneren und äußeren Formierung Deutschlands und der EU beinhaltet – inklusive der Überlegung, ob die Demokratie für die Zukunft die geeignete Herrschaftsform sei.

Nora Rätzel widmet sich Sarrazins Elitekult, der in der Debatte um seine Thesen kaum kritisiert wurde. Der Erfolg von Sarrazin lässt sich aus den globalen Machtverschiebungen verstehen, die im globalen Norden die (berechtigte) Angst vor dem Verlust der ökonomischen, politischen und kulturellen Vorherrschaft erzeugen. Sarrazin baut auf dieser Angst auf und bietet zugleich eine Lösung: Einerseits wird die Angst vor globalem Machtverlust umgeleitet auf die Angst vor dem ›Süden‹ im Innern. Andererseits wird Elitebildung als Mittel angeboten, die verschwindende Vormacht des Nordens zu erhalten und als verdient zu erleben. So entsteht eine doppelte Ermächtigungsfantasie, mit der die Angst vor globalem Machtverlust verdrängt werden kann.

Interventionen und Perspektiven

Abschließend widmen sich zwei Beiträge möglichen diskursiven Interventionsstrategien. Zunächst beschreibt *Charlotte Misselwitz* eine diskursive Technik medialer Intervention. Sie schlägt durch ›narrative Spiegelung‹ eine Umkehrung von Zuspitzungen von Worten wie ›Sozialschmarotzer‹ vor. So könnten verschleierte Zusammenhänge der Ausgrenzung hinter medialen Diskursen aufgezeigt werden. Generell wird davon ausgegangen, dass mediale Stereotype als Zeichen vielmehr über ihren Schöpfer als den angeblich Bezeichneten aussagen.

Gabriel Kuhn und *Regina Wamper* greifen den Slogan der *BILD* »Das wird man ja wohl noch sagen dürfen« auf, womit sich *BILD* als Kämpferin für die Meinungsfreiheit gerierte. Die Figur der Meinungsfreiheit wurde während der ›Sarrazindebatte‹ immer wieder von unterschiedlichen Befürworter_innen der sarrazinischen Thesen bemüht. Nach Kuhn und Wamper ist das Ziel dieser strategischen Figur, diskriminierende Rede mit dem Verweis auf Meinungsfreiheit zu ermöglichen. Kritischen Analysen empfehlen sie, sich nicht auf solche rechten Opferdiskurse einzulassen. Stattdessen sollten vielmehr die Aussagen und deren Kontexte, die Positionen der Sprecher_innen in Herrschaftsverhältnissen und die Machtwirkungen untersucht werden.

Quellenverzeichnis

- Arndt, Susan 2011: »Rasse«. In: Arndt, Susan / Ofuatey-Alazard, Nadja (Hg.): Wie Rassismus aus Wörtern spricht. (K)Erben des Kolonialismus im Wissensarchiv deutsche Sprache. Ein kritisches Nachschlagewerk. Münster: Unrast. S. 660-664
- Axel Springer AG 2010: Nachhaltigkeitsbericht 2009. Print-Auszug des Online-Nachhaltigkeitsberichts. Online einsehbar unter: http://www.axelspringer.de/downloads/384390/NB09_DE_online_s.pdf [1.7.2011]
- Balibar, Étienne 1990: Gibt es einen »Neo-Rassismus«? In: Balibar, Étienne / Wallerstein, Immanuel: Rasse, Klasse, Nation. Ambivalente Identitäten. Hamburg: Argument. S. 23-39
- Bojadžijev, Manuela / Nieden, Birgit zur / Karakayali, Juliane / Karakayali, Serhat / Türkmén, Ceren 2010: Soziale Krisen und Rassismen. In: Widerspruch Nr. 59. S. 119-130
- Bos, Wilfried / Hornberg, Karl-Heinz Arnold / Faust, Gabriele / Fried, Lilian / Lankes, Eva-Maria / Schwippert, Knut / Valtin, Renate (Hg.) 2007: IGLU 2006. Lesekompetenzen von Grundschulkindern in Deutschland im internationalen Vergleich. Münster: Waxmann. Zusammenfassung zur Pressekonferenz. Online einsehbar unter: http://www.bmbf.de/pubRD/IGLU_zusammenfassung.pdf [1.7.2011]
- Cremer, Hendrik 2008: »...und welcher Rasse gehören Sie an?« Zur Problematik der Begriffs »Rasse« in der Gesetzgebung. Policy Paper Nr. 10. Berlin: Deutsches Institut für Menschenrechte
- CDU – Christlich-demokratische Union Deutschlands 2007: Freiheit und Sicherheit. Grundsätze für Deutschland. Online einsehbar unter: <http://www.cdu.de/doc/pdfc/071203-beschluss-grundsatzprogramm-6-navigierbar.pdf> [1.7.2011]
- Dohnanyi, Klaus von 2010: Feigheit vor dem Wort. In: Süddeutsche Zeitung vom 6.9.
- Guillaumin, Collette 1995: Racism, Sexism, Power and Ideology. London, New York: Routledge
- Foroutan, Naika (Hg.) 2010: Sarrazins Thesen auf dem Prüfstand. Ein empirischer Gegenentwurf zu Sarrazins Thesen zu Muslimen in Deutschland. Berlin. Online einsehbar unter: <http://www.heymat.hu-berlin.de/sarrazin2010> [1.7.2011]
- Friedrich, Sebastian / Schultes, Hannah 2011a: Alles nur Sarrazin? Ein Blick auf die »Leid«-Debatte. In: Van Raden, Rolf / Jäger, Siegfried: Im Griff der Medien. Krisenproduktion und Subjektivierungseffekte. Münster: Unrast (im Erscheinen)
- Friedrich, Sebastian / Schultes, Hannah 2011b: Bauchladen der Ausgrenzungsdiskurse. In: kritisch lesen Nr. 1 vom 14.04. Online einsehbar unter: <http://www.kritisch-lesen.de/2011/04/bauchladen-der-ausgrenzungsdiskurse> [14.6.2011]
- Gebhardt, Richard 2010: Das »Sarrazin-Syndrom«. Ein Bestseller als Krisenindikator. In: Das Argument 52(6). S. 859-869

- Güll, Birgit 2010: »Ein sozialdemokratischer Schatz«. In: vorwärts.de am 19.4. Online einsehbar unter: <http://www.vorwaerts.de/artikel/ein-sozialdemokratischer-schatz> [1.7.2011]
- Hall, Stuart 2000: Rassismus als ideologischer Diskurs. In: Rätzkel, Nora (Hg.): Theorien über Rassismus. Hamburg, Berlin: Argument. S. 7-16
- Heitmeyer, Wilhelm (Hg.) 2010: Deutsche Zustände. Folge 9. Berlin: Suhrkamp. Presseinformation zur Präsentation der Langzeituntersuchung Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. Online einsehbar unter: http://www.uni-bielefeld.de/ikg/Pressehandout_GMF_2010.pdf [1.7.2011]
- Hoffmann, Andreas 2009: »Kinder kann kriegen, wer damit fertig wird«. In: stern.de am 13.5. Online einsehbar unter: <http://www.stern.de/panorama/thilo-sarrazin-kinder-kann-kriegen-wer-damit-fertig-wird-700617.html> [1.7.2011]
- Jäger Margarete / Jäger, Siegfried 2007: Deutungskämpfe. Theorie und Praxis Kritischer Diskursanalyse. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften
- Jäger, Margret / Cleve, Gabriele / Ruth, Ina / Jäger, Siegfried 1998: Von deutschen Einzeltätern und ausländischen Banden. Medien und Straftaten. Duisburg: Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung
- Jäger, Siegfried 2010: Diskursiver Kontext. In: Jäger, Siegfried / Zimmermann, Jens (Hg.): Lexikon der Kritischen Diskursanalyse. Eine Werkzeugkiste. Münster: Unrast. S. 42-43
- Jäger, Siegfried / Schultes, Hannah 2011: Rassismus inklusive. Das ökonomische Prinzip bei Thilo Sarrazin. In: Schneiders, Thorsten Gerald (Hg.): Verhärtete Fronten. Der schwere Weg zu einer vernünftigen Islamkritik. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften (im Erscheinen)
- Jäger, Siegfried / Zimmermann, Jens 2010: Im Netz der Begriffe der KDA. In: Jäger, Siegfried / Zimmermann, Jens (Hg.): Lexikon der Kritischen Diskursanalyse. Eine Werkzeugkiste. Münster: Unrast. S. 6-23
- Kemper, Andreas 2009: Klassismus von deutschen Politikern. Eine Sammlung von klassistischen Sprüchen. Version 93, überarbeitet am 16.2.2011. Online einsehbar unter: <http://knol.google.com/k/klassismus-von-deutschen-politikern?collectionId=8b9ikaqot3ts.382&position=1#> [3.7.2011]
- Kemper, Andreas / Weinbach, Heike 2009: Klassismus. Eine Einführung. Münster: Unrast
- Klonovsky, Michael 2010: Die Bürger-Bewegung. In: Focus 30/2010. S. 21-23
- Kritnet – Netzwerk Kritische Migrations- und Grenzregimeforschung 2010: Demokratie statt Integration. Online einsehbar unter: <http://www.demokratie-statt-integration.kritnet.org> [1.7.2011]
- Lausberg, Michael 2010: Rassismus in der »Mitte der Gesellschaft«. Der Fall Heinz Buschkowsky. In: Tabula Rasa Nr. 52. Online einsehbar unter: http://www.tabularasa-jena.de/artikel/artikel_2183 [29.6.2011]
- Lauré al-Samarai, Nicola 2011: Schwarze Deutsche. In: Arndt, Susan / Ofuatey-Alazard, Nadja (Hg.): Wie Rassismus aus Wörtern spricht. (K)Erben des Kolo-

- nialismus im Wissensarchiv deutsche Sprache. Ein kritisches Nachschlagewerk. Münster: Unrast. S. 611-613
- Link, Jürgen 2006: Diskursanalyse unter besonderer Berücksichtigung von Interdiskurs und Kollektivsymbolik. In: Keller, Reiner / Hirsland, Andreas / Schneider, Werner / Viehöver, Willy (Hg.): Handbuch sozialwissenschaftliche Diskursanalyse. Band 1: Theorien und Methoden. 2. aktual. u. erw. Auflage. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften. S. 407-430
- Lucke, Albrecht von 2009: Propaganda der Ungleichheit. Sarrazin, Sloterdijk und die neue »bürgerliche Koalition«. In: Blätter für deutsche und internationale Politik 12/2009. S. 55-63
- Nahles, Andrea 2010: »Die Grünen werden nicht stärker als wir«. Interview. In: Der Tagesspiegel vom 5.9.
- Preuß, Roland 2010: Die Gebote der Integration. In: Süddeutsche Zeitung vom 5.10.
- Rehmann, Jan / Wagner, Thomas (Hg.) 2010: Angriff der Leistungsträger? Das Buch zur Sloterdijk-Debatte. Hamburg: Argument
- Sarrazin, Thilo 2009: Klasse statt Masse. Von der Hauptstadt der Transferleistungen zur Metropole der Eliten. Interview. In: Lettre International Nr. 86. S. 197-201
- Sarrazin, Thilo 2010a: Deutschland schafft sich ab. Wie wir unser Land aufs Spiel setzen. München: Deutsche Verlags-Anstalt
- Sarrazin, Thilo 2010b: »Es war ein langer, lauter Furz«. Interview. In: die tageszeitung vom 7.12.
- Sarrazin, Thilo / Straubhaar, Thomas 2010: »Ich habe das Buch mit Gewinn gelesen«. In: Capital 10/2010. S. 90-94
- Schäuble, Wolfgang 2010: Perspektiven für eine gemeinsame Zukunft. Regierungserklärung des Bundesministers des Innern, Dr. Wolfgang Schäuble, zur Deutschen Islamkonferenz vor dem Deutschen Bundestag am 28. September 2006 in Berlin. Online einsehbar unter: http://www.bundesregierung.de/Content/DE/Bulletin/2006/09/___Anlagen/93-1-bmi-islamkonferenz-bt.property=publicationFile.pdf [1.7.2011]
- Schmidtke, Oliver 2010: Einwanderer als Ware. Wie die Marktlogik Migranten aussortiert. In: Blätter für deutsche und internationale Politik 10/2010. S. 51-57
- Schwarzer, Alice 2010: Die große Verschleierung. Für Integration, gegen Islamismus. Köln: Kiepenhauer & Witsch
- Sezgin, Hilal (Hg.) 2011: Manifest der Vielen. Deutschland erfindet sich neu. Berlin: Blumenbar
- Sloterdijk, Peter 2009a: Die Revolution der gebenden Hand. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 10.6.
- Sloterdijk, Peter 2009b: Aufbruch der Leistungsträger. In: Cicero 11/2009. S. 94-107
- Sloterdijk, Peter 2010: Der verletzte Stolz. Über die Ausschaltung der Bürger in Demokratien. In: Der Spiegel 45/2010. S. 136-142
- Sow 2011a: Migrant. In: Arndt, Susan / Ofuatey-Alazard, Nadja (Hg.): Wie Ras-

- sismus aus Wörtern spricht. (K)Erben des Kolonialismus im Wissensarchiv deutsche Sprache. Ein kritisches Nachschlagewerk. Münster: Unrast. S. 445f
- Sow, Noah 2011b: weiß. In: Arndt, Susan / Ofuatey-Alazard, Nadja (Hg.): Wie Rassismus aus Wörtern spricht. (K)Erben des Kolonialismus im Wissensarchiv deutsche Sprache. Ein kritisches Nachschlagewerk. Münster: Unrast. S. 190-191
- Sow, Noah 2011c: Schwarz. Ein kurzer vergleichender Begriffsratgeber für Weiße. In: Arndt, Susan / Ofuatey-Alazard, Nadja (Hg.): Wie Rassismus aus Wörtern spricht. (K)Erben des Kolonialismus im Wissensarchiv deutsche Sprache. Ein kritisches Nachschlagewerk. Münster: Unrast. S. 608-610
- UNESCO 1996: UNESCO-Erklärung gegen den »Rasse«-Begriff. In: Mitteilungen des Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstandes Nr. 129. S. 4
- Utlu, Deniz 2011: Migrationshintergrund. In: Arndt, Susan / Ofuatey-Alazard, Nadja (Hg.): Wie Rassismus aus Wörtern spricht. (K)Erben des Kolonialismus im Wissensarchiv deutsche Sprache. Ein kritisches Nachschlagewerk. Münster: Unrast. S. 446-448
- Weinbach, Heike 2006: Social Justice statt Kultur der Kälte. Alternativen zur Diskriminierungspolitik in der Bundesrepublik Deutschland. Berlin: Dietz
- Westerwelle, Guido 2010: Hartz IV und die Frage, wer das alles zahlt: Vergesst die Mitte nicht! In: Die Welt vom 11.2.
- Winker, Gabriele / Degele, Nina 2009: Intersektionalität. Zur Analyse sozialer Ungleichheiten. Bielefeld: Transcript
- Wulff, Christian 2010: Vielfalt schätzen – Zusammenhalt fördern. Rede von Bundespräsident Christian Wulff zum 20. Jahrestag der Deutschen Einheit am 3. Oktober 2010 in Bremen. Online einsehbar unter: http://www.bundespraesident.de/SharedDocs/Reden/DE/Christian-Wulff/Reden/2010/10/20101003_Reede_Anlage.pdf?__blob=publicationFile [1.7.2011]